9. Jahrg. Nr. 7

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 26. Januar 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Groß-Berlin: Freitag, den 27. Januar, in allen Bezirken Mitgliederversammlungen!

Es ist falsch, allein in dem Einfluß der russischen Außenpolitik den Grund für die reformistische und Koalitionspolitik der KPD. zu suchen. Die Frage der Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung in Sachsen und auch der Beteiligung an derselben entstand, bevor Rußland den Weg der Bündnispolitik mit den kapitalistischen Regierungen eingegangen war. Die Logik der Dinge zwang die 3. Internationale nach langen Diskussionen und Schwankungen den Weg der Koalition und des Ministerialismus zu betreten.

Die Tatsache, daß die KPD. und die SPD. in einigen Ländern die parlamentarische Mehrheit bekommen haben, brach der KPD.-„Entlarvungs"taktik das Genick und rab der SPD. die Möglichkeit, die Rolle des „Entlarvers zu spielen. Unter solchen Umständen konnte und kann die SPD. den mit parlamentarischen Illusionen behafteten Massen „beweisen", daß die Arbeiter jetzt, wenn sie eine Partei gewählt hätten, die politische Macht bekommen würden, und da das nicht der Fall ist, die KPD. Schuld daran sei. Es ist begreiflich, daß diese Demagogie eine große Wirkung auf die parlamentarisch eingestellten Arbeiter hat und den Einfluß der KPD. auf die Wählermassen untergräbt. Deshalb ist die KPD. gezwungen, angeblich, um die Demagogie der SPD. zu durchkreuzen, sich bereit zu erklären, eine Regierung der SPD. zu unterstützen. Damit übernimmt sie die Verantwortung für die Politik der SPD. So kommt die KPD. „stille" zur Koalitionspolitik.

Die Logik der Dinge macht aber auch hier keinen Halt, denn wie die Erfahrungen in der Vergangenheit und auch die letzten Verhandlungen in Hamburg gezeigt haben, verlangt die SPD., daß auch die KPD. Verantwortung für die Politik der Regierung übernimmt, wofür es notwendig sei, daß sie auch in die Regierung eintritt. Die KPD. ist gezwungen, auch diesen zweiten Schritt zu tun; wenn sie dies jedoch in Hamburg ablehnte, so läßt sich das mit der Opposition erklären. Sie kann sich in einer ablehnenden Position auf die Dauer nicht halten, wenn sie das Ueberlaufen ihrer Wähler zur SPD. vermeiden will, und die Zukunft wird zeigen, daß sie unter den gegebenen parlamentarischen Verhältnissen (eine Mehrheit der SPD. und der KPD.) nicht mehr mit der „praktischen" Reformarbeit allein auskommen kann, und daß sie sich offen zum Ministerialismus bekennen muß. Dann wird sie aber neben der SPD. ganz überflüssig. Will die KPD. das nicht tun, so bleibt ihr nur die Ablehnung des Parlamentarismus. Das kann jedoch niemand erwarten.

Wir sehen also, daß die 3. Internationale mit der Bejahung des Parlamentarismus und der Gewerkschaften zur Bejahung der Koalition und des Ministerialismus und somit zur Verneinung der Massenaktion kommt. Dies kann nicht mit Denkunfähigkeit oder Unehrlichkeit der KPD.-Führer erklärt werden, sondern mit der Tatsache, daß die Massenaktion unvereinbar mit den Organisationsformen und den Kampfmethoden der alten Arbeiterbewegung ist.

Kampfmethoden und Organisationsformen sind keine sich widersprechenden Dinge, sondern sie gehören zusammen. Eine Organisation, wie die Gewerkschaften, die die Betätigung ihrer Mitglieder ausschließt und deren Initiative durch die der Bürokratie „ersetzt" wird, kann keine Organisation der Massenaktion sein, denn Massenaktion bedeutet Selbstbetätigung der Arbeiter. Eine Organisation aber, die das für ihre eigenen Mitglieder unmöglich macht, ist nicht imstande, diese in der Klasse zu fördern. Auch eine parlamentarische Partei zerstört schon durch Wahlaufforderung und parlamentarische Betätigung, durch die Erzeugung des Glaubens, daß parlamentarische Vertreter für die Arbeitermassen kämpfen können, die ideologischen Vorbedingungen für die Massenaktion.

Mit dem Zusammenhang zwischen Organisationsformen und Kampfmethoden erklärt sich die Tatsache, daß das Bekenntnis der 3. Internationale zur Massenaktion, nachdem sie die alten Organisationsformen, die Gewerkschaften und die parlamentarische Partei bejahten, eine leere Phrase wurde. Man kann nicht die alten Formen mit neuem Inhalt füllen und zum Träger eines neuen Kampfprinzips machen. Daraus ergibt sich, daß man entweder die alten Organisationsformen oder die Massenaktion verneinen muß. Die 3. Internationale ist durch die Logik der Dinge, die stärker ist als die Logik der Menschen, gezwungen, die Massenaktion zu verneinen und sich in eine zweite, sozialdemokratische Partei zu verwandeln.

Die Entwicklung hat uns recht gegeben, daß die neuen Bedingungen des Kampfes, Kampfwaffen und auch neue Organisationsformen erfordern. Das steht in keinem Widerspruch mit der Tatsache, daß die KAPD. und die AAU. noch kleine Organisationen sind. Die Notwendigkeit der Massenaktion und ihrer Organisationsform, welche die Analyse der heutigen Bedingungen des Klassenkampfes und die Krise der alten Arbeiterbewegung zeigt, ist noch nicht gleichbedeutend mit ihrem Vorhandensein. Die geschichtliche Notwendigkeit wird zum Unterschied von der Naturnotwendigkeit durch die Menschen verwirklicht. Die Menschen sind aber keine Puppen, die an Strippen gezogen werden. Sie haben Gefühl, Bewußtsein und unterscheiden sich von den Tieren dadurch, daß sie eine mehr oder weniger klare Vorstellung haben von dem, was sie tun müssen. Die geschichtliche Notwendigkeit muß ihre geistige Wiederspiegelung in den Köpfen der Arbeiter bekommen. Dazu ist aber notwendig, daß die alten Vorstellungen, die traditionellen Auffassungen zerstört werden. Pannekoek schrieb mit Recht:

„Jede Entwicklungsstufe des Kampfes muß die Tradition voriger Stufen überwinden, um ihre eigene Aufgabe klar erkennen und lösen zu können."

Dies geschieht jedoch nicht so leicht. Engels sagte schon, daß die Ideologie das Konservativste ist. Deshalb hängt die Entwicklung der neuen Klassenkampforganisation des Proletariats nicht nur von dem Grad des Gegensatzes zwischen den alten Organisationsformen des Proletariats und den Erfordernissen seines Kampfes ab, sondern auch von der Zerstörung der traditionellen Ideologie.

2. Die Zersetzungsprodukte der alten Arbeiterbewegung.

Diese Zerstörung besteht nicht nur die Zerstörung der alten Traditionen, sondern auch die Zerstörung der aus ihr, als gefühlsmäßige Reaktion resultierende Ideologie zur Aufgabe. Es ist ein Gesetz der ideologischen Entwicklung, daß überlebte Ideologien als ideologische Reaktionen hervorrufen, die ebenso weltfremd sind wie die alten Ideologien. Der Bankrott und die Versumpfung der alten Organisationen treibt große Teile ihrer Anhänger oder ihnen feindlich gegenüberstehende Arbeiter, denen ein dialektisches Denken fehlt, zu Ansichten, die nur die Negation des Vorhandenen darstellen. So ist es z. B. zu erklären, daß in der Arbeiterbewegung heute Strömungen vorhanden sind, die als Reaktion des Kadavergehorsams der alten Organisationen und aus dem Zerschellen ihrer Rebellion gegen die Politik des Reformismus an die bürokratische Disziplin zur Verneinung auch der selbstbewußten Disziplin und der Organisation überhaupt kommen. Eine weitere Illustration dafür, was für irrsinnige Gedanken in den Köpfen der nicht dialektisch Denkenden, als Reaktion des Vorhandenen entstehen können, ist auch die Verneinung des Rätesystems. Der Mißerfolg der deutschen „Revolution", der bürgerliche Ausgang der russischen Revolution und die Entartung der Räte dort, führt diese Apostel des Nihilismus und des Individualismus zu dem Schluß, daß auch das Rätesystem nicht taugt. Diese geistigen Strömungen der Geistlosen finden ihren krassesten Ausdruck im „Proletarischen Zeitgeist" und sind nur ideologische Ableger der „Einheitsorganisation, des Spartakusbundes Nr. 2 und der sog. „Essener Richtung".

Diese Zersetzungserscheinungen sind keineswegs geeignet, die alten Ideologien zu zerstören und durch neue zu ersetzen. Umgekehrt: sie wirken auf sie nur erhaltend. Auf die Teile der Arbeiterschaft, die den Bankrott der überlieferten Organisationsformen und Kampfmethoden schon einzusehen beginnen, die aber etwas dialektisch denken können, begreifen, daß die Organisationsvereinigung und die faktische Ablehnung des Klassenkampfes kein besserer Weg sind, wirken sie stark abstoßend. Sie geben sich mit dem Alten zufrieden, da das „Neue" dem Irrsinn gleicht!

In den letzten Jahren sind wir Zeugen eines Pendelns der Arbeiter zwischen KPD. und SPD. Die reformistische und klassenfeindliche Politik der SPD. wirkt sich in einer ständigen Enttäuschung ihrer Mitglieder und ihrer Anhänger und in einer Opposition unter ihren Mitgliedern aus. Die prinzipienlose Taktik der KPD. zeigt ihnen aber keinen besseren Weg, sie ruft unter ihnen eine starke Reaktion hervor und treibt sie zurück in die Arme der SPD. Dieselbe Wirkung hat auch die SPD. mit ihrer ultrarechten Politik auf die KPD. Auf diese Weise sehen wir, daß sich die beiden sozialdemokratischen Parteien gegenseitig am Leben erhalten.

Aehnlich würde die Wirkung sein, wenn die aus dem Bankrott der alten Arbeiterbewegung neu entstehende Bewegung in Programm, Organisation und Politik nicht eine positive Ueberwindung der alten Arbeiterbewegung wäre. Deshalb schließt der Kampf gegen die alten Organisationen und ihre Ideologien auch den Kampf gegen ihre gefühlsmäßige Reaktion — die reie Negation ein. Heute, wo die Zersetzungserscheinungen in der Arbeiterbewegung im Wachsen begriffen sind, müssen wir stärker als je betonen, daß die Vernichtung des sich radikal gebärdenden Utopismus und der nihilistischen Organisationsvereinigung eine Bedingung für die Vernichtung der alten Organisationsformen und Kampfmethoden und für den Sieg der neuen Arbeiterbewegung ist. Der Reformismus und seine Zersetzungsprodukte gehören zusammen. Deshalb können sie nur zusammen und gleichzeitig bekämpft und überwunden werden. Die Partei muß sich dabei jedoch bewußt sein, daß die Träger der neuen Arbeiterbewegung und ihrer Kampfmethoden nicht unter denjenigen zu suchen und zu gewinnen sind, die sich jenseits der Wirklichkeit gestellt und in weltfremde, irrsinnige Ideologien verstrickt haben, sondern unter denen, die heute noch den Weg der Sozialdemokratie und der 3. Internationale gehen. Sie haben das Band mit der Wirklichkeit noch nicht zerrissen, sie stehen inmitten des Kampfes und ihnen kann man die Notwendigkeit der Massenaktion und der von ihr erforderlichen Organisationsformen leichter begreiflich machen, als denjenigen, für die der Klassenkampf ein leerer Begriff geworden ist. (Fortsetzung folgt.)

Proletarisches Notizbuch

Demokratisierung der Reichswehr. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Präsident Hindenburg dem Rücktritt Geßlers vom Reichswehrministerium zugestimmt und den Generalleutnant a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt hat.

Groener ist dadurch berühmt geworden, daß er jeden streikenden Arbeiter während des Krieges als Hundsfott beschimpfte. In diesem Wechsel sieht der „Vorwärts" natürlich einen Fortschritt.

Theater! Zum 15. März ist der sechste Kongreß der „Roten Gewerkschaftsinternationale" einberufen. Was dort noch „beschlossen" werden soll, ist wohl nur denjenigen ein Rätsel, die nicht merken, daß hier nur Theater gemacht wird, um die Proleten in den Gewerkschaften zu halten.

Stille Arbeit. Der KJB. (Internationale Gewerkschaftsbund) tagt gegenwärtig in Berlin, ohne daß ein Hahn darnach kräht. Ob irgend ein Ereignis das Proletariat noch weniger berührt, wie diese Tagung, ist schwer zu entscheiden.

Unnötige Zeremonien. Der allrussische Rätekongreß für 1928 wird, wie die „Prawda" meldet, nicht einberufen werden. Stalin beruhigt die Bauern durch die Verbannung der Opposition nach Sibirien, so daß sich diese Zeremonien erübrigen.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Stettin

Allerlei Judenfresser.

Am Dienstag, den 10. Januar, fand hier eine öffentliche Versammlung der Hakenkreuzler statt mit dem Thema: „Der Weg der SPD. und KPD. führt in den Abgrund; unser Weg für Freiheit und Brot!" Bei Eröffnung der Versammlung machte der Leiter der Versammlung darauf aufmerksam; daß sie als Sozialistische Arbeiterpartei das Hauserecht übernommen hätten und somit jeder Störung entgegentreten würden. Jedem Diskussionsredner wäre aber eine Redezeit von 15 Minuten gestattet. Als Referent war ein junger Bankbeamter aus Berlin erschienen. Als Ursache an dem „Unglück Deutschlands" führte er natürlich die Judenherrschaft an. In der Diskussion entwickelte er das Programm des revolutionären Proletariats. Als zweiter Diskussionsredner sprach der Kommunist Ernst Bummel, der sich nicht schämte, zu erklären, daß auch die Kommunisten nicht mehr mit den Juden zusammen seien, sondern sie sogar nach Sibirien verbannt wie Trotzky, Sinowjew usw. Als er zum Beitritt in die Kommunistische Partei aufrief, traten an 100 Versammlungsteilnehmer: in welche? Durch diesen Zwischenruf war er so verwirrt, daß er nur noch ein Hoch auf die Internationale herausbrachte. Dies war das Zeichen für den Gesangverein der KPD. und des RFB., die Versammlung zu sprengen. Sie hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht, das heißt, sie hatten nicht bedacht, daß zum Schutz der Versammlung eine Knüppelgarde organisiert wurde. In weniger als fünf Minuten hatten die Hitleranhänger die KPD. und RFB.-Leute aus dem Saal vertrieben und ruhten sich auf ihren Lorbeeren aus, d. h. auf über 200 zertrümmerten Stühlen und Tischen aus. Das Ueberfallkommando stationierte die noch anwesenden Personen, man hatte aber den Nationalsozialisten über eine Stunde Zeit gelassen, die Totschläger und Pistolen zu verbergen und so wurden dieselben erst am andern Morgen gefunden. Ganz davon abgesehen, daß die Auseinandersetzung mit dem Knüppel nicht die letzte Weisheit revolutionärer Propaganda sein kann, stehen die KPD.-Leute selbst bei dieser Sorte von „Ueberzeugung" noch so plump zu Werke, daß sie höchstens kleine Gruppen und sehr oft von revolutionären Arbeitern, terrorisieren können. Wo sich ihnen ein ebenbürtiger Gegner zeigt, machen sie sich lächerlich, während ihre Prominenten sich obendrein drücken, und, wie dieser Fall zeigt, eine Sorte von „Kommunisten" wie dieser Bummel, die frechsten und unflätigsten Dummheiten vom Stapel lassen.

Dresden

Am 18. 1. ließen die Anarchisten Rocker über die Frage: „Die Stellung der Sozialdemokratie zum Staat" referieren. Die nach den örtlichen Verhältnissen zahlreich erschienenen Zuhörer, welche glaubten, eine aktuelle Schilderung der Haltung der Sozialdemokratie im jetzigen Jahrhundert zu vernehmen, wurden stark enttäuscht.

In dem zweistündigen Vortrag versuchte der alte Herr eine historische Entwicklung des Staatsgedankens vorzunehmen, um am Schlusse seiner Ausführungen das lebenserettende Prinzip der Anarchisten, die Gewaltlosigkeit, den Arbeitern als Waffe im Kampfe zu empfehlen. Nur ein einziger reger Ton, welcher aber in dem seltsamen utopischen Konzert einen Mißklang infolge des allzu starken Kontrastes auslöste, kam zum Vorschein. Der ausgeführte Satz war eine vollständige Bestätigung des marxistischen Kerngedankens „Der jeweilige gesellschaftliche Stand forme die „Ideologie der Menschheit". Im übrigen schlug der Streiter für Anarchie im Gleichtakt mit den Reformisten die Trommel des illusionären Lohnkampfes zugunsten der syndikalistischen Gewerkschaftstätigkeit.

Die These der Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt bestehe nur, als eine von den Kapitalisten konstruierte Argumentation zur Begründung der Senkung des Lebensstandards der arbeitenden Klasse, mit Hilfe von guten syndikalistischen Kampfesorganisationen sei die Arbeiterklasse auch für die Zukunft imstande, der Profitrate der Unternehmerwelt eine lebensgenügende Lohnportion abzuknöpfen.

Zur Diskussion sprach ein Genosse der KAP., ihn die anwesende Arbeiterschaft aus der von Rocker erzeugten Atmosphäre des syndikalistischen Reformismus herauszuhelfen. Es wurde aufgezeigt, die zersetzenden Faktoren und die ökonomische Zwangsläufigkeit des Kapitalismus, sowie auch die lahme Theorie der Anarchisten zerpflückt, welche auf Grund der Altersschwäche den Kontakt mit der realen Wirklichkeit des modernen Klassenkampfes verloren hat, und infolgedessen auch in den revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse in dem vergangenen Jahrzehnt ohne irgendwelchen Einfluß bleiben mußte. Die Arbeiterorganisationen, welche in den entstehenden Situationen sich in Zunftkämpfen des Frühkapitalismus üben, können selbstverständlich für den monopolistischen Kapitalismus nicht von Bedeutung sein, im übrigen sind es nicht die Aufgaben der Marxisten, wie Rocker feststellte, den Staat zu erobern, sondern zu zerschlagen, um auf den Trümmern desselben eine neue Ordnung aufzurichten. Im Ganzen war der Abend ein Musterbeispiel für die Ausweg- und Hilflosigkeit der Anarchisten.

Ruhrgebiet

Versammlungen in Wanne-Eickel.

Einen guten Erfolg brachten unserer rührigen Ortsgruppe in Herne zwei Versammlungen im benachbarten Wanne-Eickel.

Erschienen war der Genosse Sch. aus Berlin auf Aufforderung der Ortsgruppe Wanne-Eickel der KPD., um mit dem Landtagsabgeordneten Gustav Sobottke, der in Wanne-Eickel wohnt, die Klinge zu kreuzen. Sobottke war durch die Ortsgruppe Herne vermittels eingeschriebenen Briefes eingeladen worden, in dieser Versammlung zu erscheinen und Rede und Antwort zu stehen. Sobottke hatte den Empfang des Schreibens bestätigt.

Wer dennoch nicht erschien, war Sobottke. Ebenso feige kniff ein Teil der Mitglieder der Ortsgruppe der KPD. aus, obwohl sie den Genossen Sch. selbst eingeladen hatten. Man war dazu übergegangen, am anderen Ende des Ortes eine Belegschaftsversammlung der Zechen Shemrock III u. IV durch ergebene Elemente einberufen zu lassen, damit ja niemand die Ausführungen von Sch. höre.

Dennoch war in der Versammlung ein, wenn auch nicht zahlreiches, so doch äußerst interessantes Arbeiter-Publikum erschienen, worunter auch einflußreiche Funktionäre der KPD., das den Ausführungen des Referenten über die russische Frage mit größter Aufmerksamkeit und Zustimmung folgte.

Nach Schluß dieser Versammlung begab sich der Referent mit einer Anzahl von Versammlungsteilnehmern in die Belegschaftsversammlung der Zechen III und IV und es gelang ihm, trotz der betrübten und ungeistigen Gestikulationen der SPD.- und KPD.-Betriebsräte, die zu spät erkannten, daß ihnen die Felle wegzuschwimmen begannen, vor der Belegschaft im Sinne der AAU. zu sprechen, und wurde von den Versammelten mit größter Aufmerksamkeit angehört.

Es war ein voller Erfolg, der zeigt, daß unsere Genossen heute vorwärts stoßen können, wenn sie nur selbst nicht den Mut verlieren, oder sich in völlig unfruchtbare Spekulationen verlieren.

Die Gründung einer Ortsgruppe in Eickel steht bevor, ein erster Schritt, die Mauer zu durchbrechen, die uns von einem Teil revolutionärer Arbeiter noch trennt.

Organisatorische Mitteilungen

Zur Beachtung!

Bei Einzahlungen auf Konto 82 842, Buchhandlung für Arbeiterliteratur, stets genau angeben, für welchen Zweck Gelder eingezahlt werden. Ob KAZ. (Nummern oder Monat), Vruk, G. H. A., Buchhandlung usw., da sonst eine genaue Verbuchung unmöglich ist.

Warnung.

Wir warnen vor einem gewissen Max Sobottker, Mützenmacher, wohnhaft Gollnowstr. 13 v. l. früher Mehner-straße 3, der bis vor einem Jahr Mitglied der KAPD. war. Derselbe hat Gelder, die ihm zugunsten der politischen Gefangenen anvertraut wurden und die er der VRUK. überweisen sollte, unterschlagen!

Dortmund.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung der KAP. und KAJ.

Jeden Samstag, abends 8 Uhr Zahlabend der AAU.

Wir ersuchen alle Genossen pünktlich zu erscheinen.

Der Ortsrat.

Weißenfels.

Alle Genossen der AAU. und KAP., sowie Sympathisierende, treffen sich jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, zum öffentlichen Diskussionsabend im Lokal „Reichspost". Beuditzstraße.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

Reichstagsbeginn — Reichstagsende

Der deutsche Reichstag hat wieder begonnen zu tagen. Allerdings hat er gleich zu Anfang bewiesen, daß er am Ende ist wie der deutsche, wie der gesamte Weltparlamentarismus überhaupt.

Kurz vor Parlamentsbeginn gab es noch eine kleine Krise. Herr Geßler, seit 8 Jahren ziviler Reichswehrminister und Prügelknabe, trat von seinem Posten zurück. Angeblich aus „Gesundheitsrücksichten". In Wirklichkeit aber, weil ein richtiger kaiserlicher General den Posten haben sollte. Der ist inzwischen in Herrn Gröner gefunden worden. Hindenburg stellte ihn auf seinen neuen Posten, wobei die Herren Parlamentarier gar nicht erst gefragt wurden. Herr Gröner hat sich revanchiert. Er sagte in seiner Antrittsrede zu den Reichswehroffizieren:

„Jedenfalls komme ich nicht in dieses Haus als ein Fremder und als einer, der ihnen fernsteht. Der Boden, auf dem ich stehe: **Das Vertrauen Hindenburgs** usw." — — Und Herr Geßler äußerte sich in seinem Abgangsbefehl auch nicht schlecht. Er schrieb: Deutschlands Heer und Flotte sind wieder verwendungsfähig im In- und Auslande geachtet . . . Die beste Kraft zogen wir alle **aus der militärischen Ueberlieferung, die zu pflegen ich mich berufen fühlte."**

Auf diese Weise vollzog sich auch die formale Machtübergabe an die alten kaiserlichen Militärs im Reichswehrministerium. Die deutsche Republik hat ihre stärkste außerparlamentarische Position, die Reichswehr, auch nach außen hin mit einem solchen Etikett versehen, daß selbst der Dümmste merken kann: „Hier hört die „Demokratie" und die Gemütlichkeit auf. Wer weitergeht, wird erschossen und wer gar streikt, ist — ein Hundsfott."

Auf der gleichen Bahn bewegte sich auch die Länderkonferenz, die wenige Tage vor Beginn der Parlamentssitzungen zusammengerufen worden war. Gewiß beschäftigte sie sich auch mit sogenannten Vereinheitlichungsfragen und behandelte das Problem, ob man dem deutschen Föderalismus im Namen der „Rationalisierung" des Staates die Flügel ein wenig stutzen solle. Das Geschrei der süddeutschen Partikularisten um Bazille und Held, die fast mit dem Bürgerkrieg drohten, bewies der deutschen Großbourgeoisie, was sie auch schon vorher wußte, nämlich, daß sie die Frage der Reichseinheit höchstens zum Vorwand nehmen dürfe, um gewisse Dinge anzukurbeln. Nicht auf diesem Gebiet lag der wahre Schwerpunkt der Länderkonferenz. In Wirklichkeit bestand ihr Verdienst von Seiten der Bourgeoisie gesehen darin, daß hier zum ersten Mal so etwas wie eine neue gesetzgebende Körperschaft neben dem Parlament zusammentrat, das Losungswort der „Verfassungsänderung" in die Oeffentlichkeit schleuderte und sich zugleich anmaßte, die notwendigen Verfassungsänderungen selbst durchzuführen. Diese aber wird ganz im Sinne jener Rede verlaufen, die der Führer des Stahlhelm, Seldte, vor kurzem hielt und dem Programm des Bundes für die Erneuerung des Reiches Genüge tun, den Herr Dr. Luther, Oberbürgermeister von Essen und Vertrauensmann der Schwerindustrie in diesen Tagen — auch nicht zufällig — gründete.

So wird der Sinn der neuen Reformen auch in diesem Sinnbild klar: Wegmanövierung der Reste der bürgerlichen Scheindemokratie mit ihrem Parlaments- und Gewerkschaftsgezauber und Stärkung der Macht des Reichspräsidenten, in diesem Falle des Herrn von Hindenburg und der hohen Bürokratie, d. h. ganz offene und ganz unverschleierte Herrschaft des deutschen Finanzkapitals im endgültigen Bunde mit den Großagrariern über die deutsche Arbeiterklasse.

Diese Entwickelung ist natürlich kein Zufall. Der deutsche Faschismus als der Faschismus eines hochindustriellen Landes mit starker Industriearbeiterschaft, sucht sich die ihm eigentümlichen Herrschaftsformen. Er sucht sie sich auf kaltem Wege. Ihm genügt der Ausbau der Novemberrepublik, in der die Großkapitalisten sowieso herrschen, nur daß mit einigem alten Plunder Schluß gemacht wird. Mögen die Parlamentarier ihre Diäten schlucken und die Gewerkschaftsbonzen auf ihren Pfründen hocken. Aber das Maul sollen sie halten. Noch viel mehr als bisher. Die Handelsbilanz ist mit Milliarden passiv, die Rationalisierung stecken geblieben, die Scheinkonjunktur zum Teufel. Die Dauererwerbslosigkeit bleibt. Ihre Ziffern steigen. Auf dem Wege der neuen Rationalisierung, des neuen erbitterten, gesteigerten, unmittelbaren Angriffes der Unternehmer auf die Arbeiterklasse müssen selbst solche Scheinhindernisse wie Gewerkschaften und Parlamente allmählich aus dem Wege geräumt werden.

Demnach hätte es für die parlamentarischen Schwätzer einen ganz erklecklichen Gesprächsstoff geben können zu Reichstagsbeginn. Da gab es den sogenannten Phoebusskandal, d. h. einige Enthüllungen über das finanzielle Zusammenarbeiten der Reichswehr mit einer privaten Filmgesellschaft, was das geheuchelte Erstaunen der bürgerlichen Abgeordneten, von denen die meisten in privaten Aufsichtsratsposten sitzen, wie der Barmat-sozialisten" und der Granatenkommunisten hervorrief, deren Moskauer Päpste bis zu 70 Millionen jährlich aus geheimen Reichswehrmitteln schluckten. Da gab es ferner einen entsetzlich unwichtigen Streit über die Besetzung einer wohlbezahlten Pfründe im Generaldirektorium der Reichsbahn zwischen der preußischen Regierung und dem Reich. Also war für „oppositionelle Möglichkeiten" sowohl im großen wie im kleinen genügend Stoff. Erwähnt sei nur der Streik in Mitteldeutschland.

Bezeichnend für das Wesen des deutschen Parlamentarismus ist das Verhalten seiner Opposition. Diese verfügt in Gestalt der deutschen Sozialdemokratie in diesem Reichstag

Proletarier!

Zerschlagt das Blendwerk der kapitalistischen Demokratie mit der revolutionären Waffe der proletarischen Massenaktion

Die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse sind in eine neue Phase getreten. Die erste Rationalisierung der Bourgeoisie, ihr erster gewaltiger wirtschaftlicher Angriff auf die Arbeiterklasse ist nicht zum Ziele gelangt. Zwar ist es bereits gelungen, die Löhne weit unter das Existenzminimum herabzudrücken und außerdem Hunderttausende von Proletariern aufs Pflaster zu werfen, wo sie das Heer der Dauererwerbslosen vergrößern.

Aber die Handels- und die Zahlungsbilanz des deutschen Imperialismus bleibt nach wie vor mit Milliarden passiv, die Daweslasten nagen nach wie vor am Mark der deutschen kapitalistischen Wirtschaft und der Anleihestrom versiegt.

In dieser Situation schickt sich der deutsche Kapitalismus an, um durch eine neue Rationalisierung, durch einen neuen noch brutaleren, noch auf breiterer Front vorangetragenen Angriff auf das deutsche Proletariat, dem kapitalistischen System von neuem Luft zu verschaffen.

Die Löhne sollen noch weiter hinab, die unbeschränkte Arbeitszeit soll erhalten bleiben. Das Heer der Dauererwerbslosen soll sich verdoppeln und verdreifachen. Noch nie trat auch der politische Charakter dieses Angriffs so deutlich hervor als diesmal zur völligen Niederknüppelung der Millionenmassen des deutschen Proletariats. Deswegen wird vor aller Augen der Staat herangezogen.

Das demokratische Geplärre ist zu Ende. Schon gründet Dr. Luther, der Mann der Schwerindustrie, seinen Bund zur „Erneuerung" des Reichs, wie er sie auffaßt. Schon wird in den Geheimberatungen der deutschen Kabinette und Länderkonferenzen der Rock der Weimarer Verfassung bis zur Unkenntlichkeit umgekrempelt. Der § 48, der Paragraph des Belagerungszustandes gegen die Arbeiter bleibt, indes das übrige Gerümpel des Weimarer Verfassungswerks hoffnungslos dahinsiecht.

Inzwischen versuchte die deutsche Arbeiterschaft, sich ihrer Haut zu wehren. Sie greift, vom Hunger gepeitscht, zur Waffe des Wirtschaftskampfes. Nach den mitteldeutschen Bergarbeitern stehen jetzt die mitteldeutschen Metallarbeiter im Streik und im Bergbau des Ruhrgebiets drängen schwere Konflikte zur Auslösung.

Die Arbeiterschaft bäumt sich auf, aber sie sieht weder die Mittel noch den Ausweg.

In vielen Orten kam es gar nicht zum Streik; dem Spruch des Schlichters wurde Folge geleistet. Und, wo es zum Streik kam, endete er mit der Niederlage der Streikenden.

Dieses Los steht auch den Arbeitern bevor, die augenblicklich im Kampfe stehen, wie auch denen, die in Zukunft mit den alten Mitteln und Methoden kämpfen werden, wenn sie nicht völlig neue Wege einschlagen.

Nicht das Gesetz des bürgerlichen Staates wird euch helfen. Nur eure eigene Kraft als revolutionäre Klasse wird euch unüberwindlich machen.

Jagt die Gewerkschaften zum Teufel, denn sie sind längst zu Organen des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Konterrevolution geworden und wollen und können euch nicht helfen.

Wählt euch zum Kampfe Aktionsausschüsse aus Arbeitern der Betriebe, die nur euch und eurer Aktion verantwortlich sind. Macht mit dem Unwesen der beruflichen und industriellen Absonderung Schluß. Verbreitert in jeglichem Kampfe die Front. Kämpft — noch einmal sei es gesagt — aus den Betrieben heraus gegen den Unternehmerstaat und die mit ihm geeinte Unternehmerklasse ebenfalls als Klasse!

Hofft nicht auf Neuwahlen und den Plunder der parlamentarischen Parteien. Es war die Sozialdemokratie, die euch mit Hilfe des auch von den Gewerkschaften gebilligten Belagerungszustandes und der Ermächtigungsgesetze im Jahre 1923 niederknüppelte. Die Noskepartei hat noch heute den Gustav Noske in ihren Reihen.

Die Brandlerkommunisten aber bewilligen nicht nur den Etat wie in Mecklenburg, sondern treiben mit ihrem verlogenen Geschrei von der „Einheitsfront" die Arbeiter immer wieder unter das Joch einer feilen Gewerkschaftsbürokratie, die noch kürzlich von der Bürgerblockregierung 10 Millionen Mark erhielt. Sie wagen es auch, den Kampf selbst zu führen.

In Rußland selbst aber, wo sie an der Macht sind, schicken die Stalinisten die revolutionären Arbeiter in die Gefängnisse und in das lebendige Grab der sibirischen Winternacht.

Wer also auf Neuwahlen hofft oder sich gar an ihnen beteiligt, hilft nur den Noskes und Brandlers in den Sattel und stärkt die demokratischen, jeden Entfaltung der proletarischen Aktion hinderlichen Illusionen innerhalb der Arbeiterklasse.

Das darf nicht sein!

Ihr müßt den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen und müßt diesen Kampf selbst führen **mit revolutionären Aktionsausschüssen!**

Ihr müßt von den Betrieben aus, ganz gleich, ob Metallarbeiter, ob Holzarbeiter, ob Bauarbeiter usw., den Kampf aufnehmen **als Klasse,** und begreifen, daß nur das proletarische Klassenziel: die Eroberung der Produktionsmittel, die Diktatur des Proletariats, ein Ausweg ist. Das deutsche Proletariat muß zeigen, daß es den gordischen Knoten durchhauen, den Kampf für die proletarische, für die Weltrevolution aufnehmen will. Nur dann wird es auf die Solidarität des internationalen Proletariats hoffen und rechnen können. Und nur dann wird es dem Aderlaß entrinnen, den die Gewerkschaften ihm fortlaufend bereiten.

Denkt zurück an eure Niederlagen, an den Bergarbeiterstreik 1927. Denkt an die Kette des fortgesetzten Verrats. Begreift, daß die Gewerkschaften den kapitalistischen Wiederaufbau wollen und deshalb eure Vernichtung wollen müssen, und daß der Kampf des Proletariats über die Vernichtung der Gewerkschaften und des kapitalistischen Staates geht.

Massenaktion, nicht Fünferdiplomatie! Revolution, nicht Wiederaufbau! — muß die Parole lauten.

allein über 130 Mandate. Wenn man das Geschrei der sozialdemokratischen Presse und insbesondere der „linken" über Neuwahlen und „Kampf gegen den Bürgerblock" auch nur vom Standpunkt des parlamentarischen Kretinismus, müßte man noch staunen. Es kam hinzu, daß Herr von Keudell, der Gesandte der Regierung die „oppositionellen" Parlamentarier durch eine Rede in Hinterpommern, in der er mit forscher Deutlichkeit erklärte, er halte es für wichtiger, dem pommerschen Landbund Rede und Antwort zu geben, als sich im Reichstag vor der Opposition anmeckern zu lassen, besonders deutlich vor den Kopf gestoßen hatte. Auch hatte Herr Marx, der Reichskanzler, seinen „Konflikt" mit dem ebenfalls zentrumlichen Gewerkschaftsführer Stegerwald, Wer jedoch auf Sensationen gefaßt war, mußte sehr enttäuscht werden.

Der Konflikt Marx—Stegerwald wurde im geheimen Kämmerlein ebenso schnell beigelegt, wie er entstanden war. Der Phoebusskandal wurde seiner Schärfe beraubt, indem Herr Oeßler dem Reichstag den Rücken kehrte und der Streit zwischen Preußen und Reich beigelegt, indem Herr Wilhelm Marx, seines Zeichens „Reichskanzler, seinem parlamentarischen Fraktionskollegen v. Guérard, der ganz leise angefragt hatte, barsch übers Maul fuhr. Blieben die — von denen die nicht alle werden — mit Spannung erwarteten Reden der Führer der parlamentarischen „Arbeiter"oppositionsparteien. Mit Herrn Thälmann von der bolschewistischen Partei, brauchen wir uns nicht lange zu beschäftigen. Er hat bereits sein Lob vom „Vorwärts" weg. Dieser schrieb nämlich (21. Januar, Morgenausgabe): „Thälmann, der kommunistische Fraktionsredner, verblüfft seine kleine Hörerschar durch Maß und Sachlichkeit. Nichts von revolutionären Kraftphrasen. Dafür, namentlich über Sozialpolitik, vieles, dem man zustimmen kann — hat es doch ungefähr ebenso, vielleicht etwas besser, im „Vorwärts" gestanden. Ein paar kleine Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie zählen nicht. Bleiben sie doch weit unter dem Maß des Gewohnten. Man ist platt."

Dieser „revolutionäre" Parlamentarismus ist nur noch dem Proletariat gefährlich. Er ist eine noch nicht ganz gar gekochte Abart des Sozialdemokratismus und zählt politisch nicht mit.

Desto wichtiger allerdings von einer anderen Seite, als so mancher gläubige Leser der „linken" sozialdemokratischen Presse glauben mag, war das Auftreten des sozialdemokratischen Redners. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags entsandte niemand anders als den preußischen Expolizeiminister und Vater des Beschleifer Abkommens, den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Karl Severing auf die Rednertribüne. Herr Severing wußte, was er der Situation schuldig war. Er rechnete ab. Aber nicht mit dem Bürgerblock, sondern mit den demokratischen Flitterkram in den eigenen Reihen, indem den er schon einmal, auf dem Görlitzer Parteitag, zu Felde gezogen war. Dort hatte er Hugo Stinnes als den Retter des Vaterlandes und den Mann der Zukunft gepriesen und seine Parteigenossen aufgefordert, auch den letzten Rest der, wenn auch noch so unehrlich gemeinten agitatorischen Phrasen hinter sich zu schleudern. Hier, auf der Tribüne des deutschen Reichstages von 1928 fühlt er sich bewußt als der Schrittmacher einer Epoche, in der es gilt, die deutsche Sozialdemokratie der neuen Epoche der großfaschistischen deutschen Trustrepublik restlos anzugliedern und mit dem Spuk einer scheinoppositionellen Haltung gegen das Finanzkapital ein für alle Mal aufzuräumen. Ja, Severing ging weiter. Er suchte die Sozialdemokratie auf der Kampffront eines neuen „Republikanerfums", so etwa auf der Linie, die ihm die Deutsche Volkspartei gegenüber den Deutschnationalen einzunehmen scheint, endgültig und öffentlich festzulegen. Es ist ein letzter Versuch, die Demagogie der Phrase zu treiben. Denn so wahr es ist, daß die Deutsche Volkspartei, die Partei der Schwerindustrie und des Finanzkapitals, die Richtung der Politik der deutschen Geldsackrepublik bestimmt, so unwahr ist es, daß sie einen Kampf gegen die Deutschnationalen führt. Die Junker sind in der Zeit der kapitalistischen Niedergangsepoche die festen Verbündeten des Finanzkapitals. Tut nichts, Herr Severing muß sich diesen Kampf einbilden, um vor den Wahlen überhaupt noch einen Kampf mimen zu können und zugleich der Deutschen Volkspartei durch die Blume nahezulegen, daß die Sozialdemokratie sehr gern mit den Großkapitalisten auch offiziell wieder in der Reichsregierung sitzen möchte.

Herr Severing hat schwere Schmerzen, weil der Etat wieder mal nicht im November des vergangenen, sondern zu Beginn des neuen Jahres eingebracht wurde. Er will jedoch auch der jetzigen Regierung helfen, die Etatsberatungen zu fördern.

Dann kommt Herr Severing auf die schon erwähnte Länderkonferenz zu sprechen und hier nimmt er die Gelegenheit wahr, um zu zeigen, wie regierungsfähig und regierungswillig die Sozialdemokratie ist. Ihm geht es mit dem Abbau der bürgerlichen Demokrate, frei nach Dr. Luther, noch nicht schnell genug. Er sagt: „Resolutionär, aber nicht resolut, entschließend, aber nicht entschlossen. Das ist meine Meinung von dieser Länderkonferenz. Was in den Entschließungen steht, läßt den Eindruck aufkommen, als ob man in der Reichskanzlei sozusagen einen Kleinhandel für Verwaltungsreform einrichten wolle." Herr Severing ist also scheinbar für einen Verkauf des Verfassungsschrotts im Großhandel. Herr Severing preist weiter seine vergangenen Bütteldienste an; „Unbestreitbar steht fest", so rief er mit Emphase aus, „daß die deutsche Reppublik durch die preußische Regierung in den schweren Jahren 1922 und 1923 vor unermeßlichen Gefahren geschützt worden ist . . . **Das Reich muß uns doch bleiben.**"

Herr Severing klagt weiter, daß die im Haushalt eingestellten Summen für die nationalistische Bearbeitung und Verhetzung der Grenzbevölkerung zu geringe seien. Er würde mir geben: denn, meint er, „die praktische nationale Solidarität ist im Ernstfalle eine bessere Verteidigung der Grenze als Bajonette und Panzerkreuzer. Im Herbst 1923 waren es Arbeiter- und Bauernfäuste, die die Grenzen im Westen schützten. . . Den Absetzungen beim Abschnitt Heereswesen stimmen wir ebenfalls zu." Dann kommt die große Verbeugung vor Gröner: „Der Person Gröners bringen wir Achtung entgegen. Das Vertrauen will erworben sein." Es dürfte Gröner nicht allzu schwer fallen, das Vertrauen des Bluthundes Severing und seiner politischen Freunde zu erwerben. Die Sozialdemokratie von 1928 weiß, was sie dem neudeutschen Imperialismus und dem Vaterland der Hindenburg, Gröner und Kumpanei schuldig ist.

Der Außenpolitik des Herrn Stresemann von der Deutschen Volkspartei spendete die Sozialdemokratie durch den Mund des Severing natürlich restlos Beifall. Die Kriecherei vor den obersten Herren Deutschlands, den internationalen und insbesondern den Daweskapitänen, ist natürlich die erste Bedingung für jede Partei, die zur Futterkrippe deutscher Reichsministerssessel gelangen will. So sind denn auch an den Mißerfolgen der deutschen Außenpolitik nur die bösen Deutschnationalen schuld. Die volksparteilliche Schwerindustrie, die Herren von der ehemaligen Vaterlandspartei, sind, wenn man Karl Severing hört, unschuldig wie ein Lämmerschwänzchen. Auf solche Bundesgenossen gestützt, rief Herr Karl Severing am Schluß: „Meine Freunde begehen in diesem Jahre die fünfzigste Wiederkehr des Tages, an dem das Sozialistengesetz in Kraft trat. Und der Erfolg? **Die Geächteten, die Vaterlandslosen von damals, sind heute die Retter des Vaterlandes.**" Und, zu den Deutschnationalen gewendet: „Wie ergeht es Ihnen, meine Herren? Sie sterben aus. Wir aber leben. Sie resignieren. Wir aber kämpfen, und wir werden siegen, weil wir im Bunde mit der Zukunft sind." Soweit Herr Severing. Wermuth in seinen Wein goß Herr Gröner, der neue Reichswehrminister: denn er erklärte sofort nach ihm, die ungerechtfertigten Angriffe der Sozialdemokratie auf die Reichswehr nicht unbeantwortet zu lassen. Also lohnte Herr Gröner Karl Severings Komplimente.

Gewiß, die Sozialdemokratie ist zu jedem Opfer bereit: Sie hat das Blut der Arbeiter in Strömen vergossen. Sie ist bereit, das in noch ausgiebigerem Maße zu tun, falls sie nach den Neuwahlen zur Regierung zugelassen wird.

Sie wird auch mit ihrer neuen Platform das Rad ihres Schicksals wie das Blatt des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie auf die Dauer nicht rückwärts zu wenden vermögen. Sie wird schließlich dort enden, wo die d'Aragona und Konsorten in der Praxis geraten, beim völligen Bankrott. Mit ihr wird auch der Schildknappe enden, der in ihrem Schatten wandelt, die KPD., und die Arbeiterschaft wird es satt sein, der Spielball der beiden bürgerlichen Arbeiterparteien zu sein. Dann aber wird der politische Sieg der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie, ihr Gesetz und ihren Staat nicht mehr fern sein.

Politische Rundschau

Die Belastungsprobe

für die „revolutionären" Gewerkschaftsbonzen.

Wir haben schon in voriger Nummer der „KAZ." aufgezeigt, wie blöde die KPD. anläßlich des mitteldeutschen Streiks die Gewerkschaftsbürokratie anhimmelte, von ihrem „Kampfwillen" faselte und in der „Roten Fahne" in großes Jubelgeschrei darüber ausbrach, daß die Gewerkschaftsbürokratie so gar „nicht gebremst" habe. Mitteldeutschland und seine revolutionäre Tradition sah sie in den „revolutionären" Gewerkschaftsleitungen verkörpert.

Nun tritt ein, was eintreten muß, und was sich in letzter Zeit ständig wiederholt: Die „revolutionären" Gewerkschaftler entpuppen sich als ganz gewöhnliche Bauernfänger. Sie tun nichts, und können vom Standpunkt der „Stärkung" der Gewerkschaften nichts anderes tun, als jede „Einsichung" zu bekämpfen. Sie sind, wollen sie ihren Posten behalten, gezwungen, sich der Schlichtungsverordnung, die ja auch in den Gewerkschaftsstatuten verankert ist, zu unterwerfen, und zögern keinen Augenblick, dies zu tun. Selbst die „Rote Fahne" vom 22. Januar muß erneut gestehen:

> „Lieber die von den SPD.- und reformistischen Gewerkschaftsführern betriebene Kommunistenhetze und Zersplitterung der geschlossenen Kampfesfront, herrscht unter der Arbeiterschaft größte Empörung. Insbesondere auch darüber, daß die heutige Konferenz der DMV.-Geschäftsführer wiederum in der Hauptsache dem Kampf gegen die Kommunisten gewidmet war. **Alle kommunistischen Ortsverwaltungsvertreter und Geschäftsführer wurden von den Reformisten mit Androhung von Disziplinarmaßnahmen nach dem Verbandsstatut unter Druck gesetzt, um sie zur Annahme der gegen die Kommunistische Partei gerichteten Resolution zu zwingen. Die kommunistischen Vertreter der Ortsverwaltungen von Staßfurt und Ellenberg haben unter dieser Drohung der schamlosen Resolution zugestimmt.**"

„Unter der Arbeiterschaft herrscht große Empörung". — und nun tritt nicht ein, was man annehmen sollte, daß der Einfluß der Reformisten sinkt, und der „Opposition" wächst, o nein! Die KPD. hat ihre eigene Logik! Je größer die Empörung, desto größer die Hetze der Reformisten gegen die Opposition, die trotz der Empörung des Proletariats „schamlosen" Resolutionen gegen die KPD. zustimmt! Mit solchen Mätzchen kann der Bankrott der Eroberung, selbst da, wo sie scheinbar gelungen ist, denn doch nicht mehr verschleiert werden. Mit ihren Anträgen in den Stadtparlamenten, die Streikenden zu unterstützen, von denen dann die Gewerkschaftsbürokratie abrückt, und erklärt, daß sie der KPD. diese Klingelsackpolitik allein überläßt, verhilft die KPD. die abgeleimten Bonzekratie dann außerdem noch zu einem trügerischen Glorienschein, und sorgt selbst dafür, daß sie zuletzt nicht mehr ernst genommen wird. Daß es heute noch Arbeiter gibt, die sich von einer solchen Partei konfuser Kleinbürger der Gewerkschaftsbürokratie in die Arme treiben lassen, ist wirklich ein Problem ersten Ranges.

Eine tragische Posse

Die in die Verbannung geschickte bolschewistische Opposition hat vor ihrer Abreise einen Aufruf in die Welt gehen lassen, in dem sie erklärt:

> „Wir unterwerfen uns der Gewalt und verlassen die Stellen unserer Partei und Sowjetarbeit für eine sinn- und ziellose Verbannung. Wir zweifeln dabei keinen Augenblick daran, daß jeder von uns nicht nur für die Partei noch notwendig sein wird, sondern auch in den Stunden der bevorstehenden großen Kämpfe seine Stelle in ihren Reihen einnehmen wird."

Wir beantragen beim 6. Kongreß der kommunistischen Internationale unsere Wiederaufnahme in die Partei."

Der Aufruf ist unterzeichnet: „Trotzki, Rakowski, Radek, Smilga, I. N. Smirnow, Walentinow, Serebrjakow, Beloborodow, Sosnowskenski, Maßuta, Eltzin, Waganian, Iwanschenko, Newilson un deine Reihe anderer alter Bolschewiken.

Es scheint, daß die russische Opposition so die Gefangene ihrer eigenen doppelten Buchführung geworden ist, daß sie nicht mehr imstande ist, die primitivsten Gesetze des Klassenkampfes zu erkennen vermag. Sonst würde nämlich diese Opposition begreifen, daß die Bauern, Bourgeois, und Millionäre, die den Stalin zum „starken Mann" machen, nur ihre Klasseninteressen verteidigen, wenn sie — und seien es auch noch so utopistische — Rebellen gegen ihre Ordnung durch die Verbannung unschädlich machen. Die Opposition, die an anderer Stelle ihres Aufrufes noch von „unserer Union" spricht, und mit dem Schwur der Rettung dieses Vaterlandes die Fußtritte in die sibirische Einöde mitnimmt, vergißt, daß das internationale Proletariat nicht den Weg leninistischer Zweideutigkeit gehen kann, auch wenn einzelne Vaterlandsverteidiger auf ihre Art mit der Märtyrerkrone winken. Es wird den Wee Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gehen, die dem Proletariat vom Zuchthaus aus zuriefen, daß es mit den Bütteln der herrschenden Klassen keine Gemeinschaft geben kann, sondern, daß das einzig mögliche Verhältnis zu ihnen und dem Staat, dem sie dienen, der unversöhnliche Klassenkrieg ist.

Also darum!

„Eroberung" der Konsumgenossenschaften.

In Berlin spielte sich in den letzten Wochen ein ungeheurer Kampf ab zwischen der Genossenschaftsbürokratie und der Opposition. Den Höhepunkt erreichte dieser Kampf bei den Wahlen, die am 22. Januar stattfanden. Welch welterschütternde Entscheidungen dort auf dem Spiele standen und warum die K.-G. unbedingt „erobert" werden müsse, verrät die „Rote Fahne" vom 21. Januar. Sie druckt einen Brief einer Arbeiterfrau ab, den diese an den Obermimer der K.-G. Lange geschrieben haben soll, in dem es heißt:

„An die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend
Abt. Sekretariat, z. H. Herrn Lange
Berlin-Lichtenberg.

W. G.! In unserem letzten Gewerkschaftsblatt lese ich zu meinem Erstaunen wieder schreckliche Dinge. Nicht die Kommunisten sind es, wie in diesem Blatt behauptet wird, die die Genossenschaft planmäßig ruinieren, sondern Sie selbst. **Wenn man in der Genossenschaft Einkäufer hat, die z. B. Datteln einkaufen, so daß sie mit 1,50 Mark verkauft werden müssen, beim kleinen Geschäftsmann aber nur 0,70 Mark kosten, was soll man dazu sagen??**

Vorige Woche habe ich **dänische Butter gekauft, völlig versalzen.** Ich kenne viele Hausfrauen, die nicht in dem Geruch stehen, Kommunisten zu sein, die keine Butter im Konsum kaufen; erstens hält sie sich so schlecht, am nächsten Tage schon schmeckt sie ranzig. Zweitens muß man aufpassen, daß man sein richtiges Gewicht bekommt.

So, Herr Lange, **um darum wollen wir uns Vertreter wählen, die auch wirklich die Interessen der Mitglieder vertreten:** nicht Leute, zu denen wir kein Vertrauen haben. Früher bin ich immer agitieren gegangen mit unseren Preisen und Gewicht, kann ich das noch heute tun?!"

Diese „Argumente" hatten zur Folge, daß sich 33 Prozent an der Wahl beteiligten. Von diesen 33 Prozent wählte wiederum ein Drittel die Opposition. Die „Rote Fahne" schreibt selbstzufrieden von einem sehr schönen Erfolg der Oppostion, was zu der Frage Veranlassung geben dürfte: Auf welchem Niveau dürfte es wohl möglich sein, einen größeren Teil Proleten für revolutionäre Butter- oder Datteleinkäufer, oder Heringsbändiger zu interessieren? Und wenn diese Kleinbürger wirklich so tüchtig wären, wie ein „kleiner Geschäftsmann", mit welchen Parolen sollte denn dann die Wahlagitation der „Opposition" bestritten werden? Was jeder kleinbürgerliche Krämer begreift, daß die Konsumgenossenschaften nach kapitalistischen Grundsätzen funktionieren, und mit dem Klassenkampf des Proletariats gar nichts zu tun haben, das bemüht sich die KPD. wohl vergebens zu verschleiern, aber daß sie so erbittert darum kämpft, um Proleten dumm zu machen, ist charakteristisch.

Aus der Internationale

Persien

Die wirtschaftliche Lage und das Proletariat.

Persien macht zur Zeit eine schwere wirtschaftliche Krise durch, deren Ursachen nicht irgendwelche vorübergehenden Stockungen sind, die vielmehr in der Wirtschaftsstruktur des modernen Persiens begründet ist. Persien war unter dem alten Regime vor der Bewegung Riza-Chans, ein typisch halbfeudales Land, das nicht einmal eine einheitliche Staatsgewalt hatte. Der persische Schah in Teheran war tatsächlich nur einer jener zahlreichen Lehnsherren, die auf ihrem Gebiet die uneingeschränkte Gewalt über die Mehrheit der Bevölkerung, die leibeigenen Bauern besaßen. Die Bauern mußten an Steuern, Frondienst und Pachtzinsen ihren Gegenwert den Teil ihres Arbeitsertrages abliefern. Da aber das ganze Land danach durch das Räuberunwesen schwer heimgesucht wurde, fanden sich die Bauern schließlich mit ihrer Lage ab, weil die Lehnsherren immerhin ihr Leben und das ihrer Angehörigen schützten. Die städtische Bevölkerung bestand neben den Beamten aus Händlern und Gewerbetreibenden.

Eine Industrie gab es eigentlich überhaupt nicht, auch keine Eisenbahnen. Der russische Zarismus und der englische Imperialismus verhinderten die Entstehung einer einheimischen Industrie. Sie überschwemmten Persien mit ihren Waren (Nordpersien mit russischen und Südpersien mit englischen Waren). Sie zwangen Persien zu einer Zollpolitik, die die industrielle Entwicklung des Landes an der Wurzel unterband und alle Versuche von Persien in dieser Richtung zum Scheitern verurteilte. Fabriken, sowie sie entstanden, konnten gegen die ausländische Konkurrenz nicht bestehen. Die wachsende Einfuhr ausländischer Waren kam aber den einheimischen Händlern insofern zu gute, als sie sich am Zwischenhandel immer mehr bereicherten und allmählich zur einheimischen Handelsbourgeoisie heranwuchsen. Die Interessen der neuen wirtschaftlichen Schicht kollidierten jedoch mit den herrschenden halbfeudalen System. Die vielen halbunabhängigen Zollschranken abgesehen von den verlassenen Lehnsgebiete, die Behinderung des Innenhandels durch gesetzwidrige Steuern und sonstige offener Raub erregten die Unzufriedenheit dieses Handelskapitals.

Der imperialistische Krieg und besonders die russische Oktoberrevolution gaben den Anstoß dazu, daß die Unzufriedenheit der Handelswelt sich nach außen zunächst in der Form eines nationalrevolutionären Kampfes gegen den englischen Imperialismus entlud. Die persische Handelsbourgeoisie forderte die Räumung Persiens durch die englischen Truppen, die Beseitigung der ungleichen Verträge und der Vorrechte der Ausländer. Gleichzeitig begann im Innern der Kampf gegen die Privilegien der Lehnsherren, gegen feudale Abgaben jeder Art, die den Handel schwer belasteten. Die Handelsbourgeoisie erstrebte einen einheitlich zentralisierten Staat, der in wirtschaftlicher Beziehung auch die Einheitlichkeit des Innenmarktes garantieren sollte. Gegen die nationalrevolutionäre Front, die den persischen Großhandel, den Kleinhandel, das gewerbetreibende Kleinbürgertum und auch das zahlenmäßig schwache Proletariat umfaßte, bildete sich die Gegenfront der englischen Imperialisten und der persischen Feudal- und Lehnsherren. Der nationalrevolutionäre Kampf unter Leitung Riza-Khans dauerte bis zum Frühjahr 1923. Dann brach plötzlich eine Krise aus. Wodurch entstand diese Krise?

Einerseits erkannte England, daß die Unterstützung der Feudalherren gegen die zentrale Regierung Riza-Khans zwecklos war. Riza-Chan organisierte ein eigenes Heer, mit dem er die unbotmäßigen Lehnsfürsten besiegte und einen zentralen Staatsapparat schuf, dem sie sich gleichfalls fügen mußten. Die Engländer mußten also, daß der historisch unvermeidliche Untergang des persischen Feudalismus nicht aufzuhalten und ihr Einsatz verloren war. Andererseits hatten in Persien selbst bestimmte wirtschaftliche Umgruppierungen stattgefunden. Die Großhandelsbourgeoisie hatte ihre Kapitalien nicht in der Industrie angelegt (wie die Bourgeoisie in den meisten östlichen Ländern), sondern in Grundstücken, weil die Konkurrenz der englischen Waren nach wie vor die einheimische Industrie unterdrückte und Persien nicht die Fähigkeit, England zum Verzicht auf seine Zollprivilegien zu zwingen, die Handelsbourgeoisie legte also, wie gesagt, ihr Geld in Grundstücken an, um sich durch Ausbeutung der Bauern schadlos zu halten. Die Verschlechterung des einheimischen Handels entbehrte nicht der Logik, denn einerseits bedeutete das die Eingliederung den persischen Markt nunmehr so vollständig beherrschen, daß sie die Vermittlung des einheimischen Handels entbehrlich machten. Der Kleinhandel wurde dadurch ruiniert, der Großhandel wurde zum Großgrundbesitz.

Die neuen Großgrundbesitzer aus den Kreisen der Handelsbourgeoisie und zum großen Teil auch aus den Kreisen der Beamtenbürokratie waren freilich nicht mehr Feudalherren, die selbstherrlich über Leib und Seele der Bauern verfügten. Ihnen kam es lediglich darauf an, sich durch ihren Grundbesitz den kapitalistischen Profit zu sichern. Die Ueberführung des Handelskapitals, seine Investierung in den Grundbesitz, die engste Verbindung der Handelsbourgeoisie mit den alten Großgrundbesitzern veränderten den Charakter von Riza-Chan geleisteten nationalrevolutionären Kampfes. Die Engländer, wie bereits gesagt, sahen die Zwecklosigkeit des weiteren Bündnisses mit den Feudalherren ein und beschlossen daher, sich mit der Handelsbourgeoisie zu verständigen, die ihrerseits durch die Lierung mit dem Großgrundbesitz einer solchen Verständigung nicht mehr abgeneigt war. Auf dem Gebiete der Außenpolitik bedeutete der Frontwechsel der Handelsbourgeoisie tatsächlich das Ende des nationalrevolutionären Kampfes, die Versöhnung mit England, auf dem Gebiete der Innenpolitik den monarchistischen Umsturz. Riza-Chan wurde zum Riza-Schah. Während Riza-Chan als Haupt des nationalrevolutionären Kampfes gegen den englischen Imperialismus und seinen Bundesgenossen, den persischen Feudalismus, der Vertreter der Handelsbourgeoisie gewesen war, die damals mit dem Proletariat einen Block bildete (und auch mit dem gewerbetreibenden Kleinbürgertum), wurde Schah Riza zum Vertreter des verbündeten Grund- und Handelskapitals.

Das Handelskapital verzichtete auf den Kampf gegen die englische Zollherrschaft in Persien und damit auf die Organisierung der einheimischen Industrie und seine Umwandlung in das Industriekapital, es wandte sich dem flachen Lande zu, das Land hörte auf, eine revolutionäre Rolle zu spielen. Es wurde reaktionär. Die bäuerliche Bevölkerung hatte davon keinen Nutzen. Die frühere Handelsbourgeoisie verdrängte wohl die Feudalherren bis zu einem gewissen Grade, sie verstanden es die letzten, sich einen Teil ihrer früheren Privilegien zu bewahren und die unter den schweren Steuer- und Pachtlasten fast zusammenbrechenden Bauern noch rücksichtsloser auszubeuten. Die Bauern verelendeten, die Kaufkraft schwand zusehends. Auch die städtische Bevölkerung verarmte. Der Ruin des Handwerks als Folge der englischen Konkurrenz dauerte an, die Kleinhändler wurden immer mehr aus ihrer Vermittlerstellung gedrängt. Die Armut der Bevölkerung führte schließlich zur Zusammenschrumpfung des Innenmarktes, was eine allgemeine Wirtschaftskrise hervorrief, die jetzt eine chronische wird.

Der Zustand der permanenten Krise kann aber nicht ewig dauern. Früher oder später werden die persischen arbeitenden Massen aus dieser kritischen Lage einen Ausweg suchen müssen. Im Zusammenhang mit dem trüben wirtschaftlichen Bild, das das Persien der Gegenwart bietet, erscheint es notwendig, einiges über die persische Arbeiterbewegung zu sagen. Die industrielle Entwicklung Persiens hat bisher, wie bereits gesagt, trotz der im Lande vorhandenen ungeheuren Rohstoffreserven keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen. Während des Krieges konnte sich wohl die einheimische Industrie behaupten, es entstanden sogar neue Betriebe, weil Rußland und England damals die Nachfrage auf dem persischen Markte nicht befriedigen konnten, nach dem Kriege war sie jedoch nicht mehr in der Lage, weitere Fortschritte zu erzielen. In Persien dominiert noch heute das Handwerk und die sogenannte Hausindustrie, in der bekanntlich die Teppichweberei

Lenin und Trotzki

Am 21. Januar 1928 jährt sich zum vierten Male der Todestag Lenins. Acht Tage vorher, am 16. Januar 1928, wurde sein berühmtester und überragender Mitarbeiter und Kampfgenosse Trotzki auf Grund des § 58 des Sowjetstrafgesetzes (Konterrevolution) von der Sowjetregierung unter Stalins und Rykows Führung nach Wjerny (Zentralasien) an der Grenze zwischen Russisch-Turkestan und China in die Verbannung geschickt. Mit ihm haben viele andere bekannte und berühmte Köpfe aus der alten bolschewistischen Partei Rußlands, alte Mitarbeiter Lenins, das gleiche Schicksal erfahren und sind als Oppositionelle zur Verschickung nach dem Ural oder Sibirien gekommen. Ohne näher auf die vielfach erwähnten Gründe der Verbannung der Opposition in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einzugehen, ist noch eine Tatsache als bedeutsam zu erwähnen, gerade für Trotzkis Verhalten gegenüber Stalin zu erwähnen. Die in Oslo erscheinende norwegische Zeitung „Norges Handels og Sjöfarts Tidende" läßt sich nämlich von ihrem Korrespondenten melden (16. 1. 28), daß Trotzki vor seiner Verschickung einen letzten Schlag gegen Stalin gerichtet habe, indem er die Enthüllung machte, daß Stalin einen von Lenin gestifteten, geheimen Fonds in der Höhe von 200 Millionen Rubel zum größten Teil zur Stützung seiner persönlichen Machtstellung verbraucht haben soll. Lenin habe seinerzeit bestimmt, daß der Fonds nur dann angegriffen werden dürfe, wenn sich die Diktatur des Proletariats in äußerster Gefahr befinde.

Diese Enthüllung wirft ein Schlaglicht auf das äußerst enge und innige Verhältnis zwischen Lenin und Trotzki, das auch Max Eastmann, ein amerikanischer Schriftsteller, in seinem Buche „Seit Lenin starb", einer Art Biographie Trotzkis, sehr interessant und fesselnd geschildert hat. U. a. schreibt Eastmann über die Geschichte der Beziehungen zwischen Lenin und Trotzki folgendes:

„Ihre Freundschaft begann im Jahre 1902, als Trotzki aus Sibirien (der zaristischen Verbannung) entflohen nach London kam, um sich in den Dienst jener „Organisation von Berufsrevolutionären" zu stellen, die Lenin um die illegale Zeitung „Iskra" sammelte. Obgleich Trotzki damals, erst 23 Jahre alt war, erkannte Lenin sofort seine glänzenden Fähigkeiten und wurde nur von seinem älteren Kollegen Plechanow daran gehindert, ihn zu einem der Herausgeber der „Iskra" zu machen. Er (Lenin) bewunderte Trotzki mit jener warmherzigen revolutionären Zuneigung, die den romantischen Untergrund in seinem Leben bildete. In jenen ersten Tagen der großen Parteizusammenkunft von 1903 arbeiteten beide politisch eng zusammen, wodurch Trotzki unter den Delegierten den Spitznamen „Lenins Spazierstock" erhielt. Damals vollzog sich die erste Spaltung der jungen Partei in Bolschewiki (Minderheit), wobei Trotzki anfangs für kurze Zeit ins Lager der Menschewikі abschwebte und dann später zwischen beiden Parteien stand. Erst in der russischen Revolution von 1905 waren beide Fraktionen gezwungen, zusammenzuarbeiten und Trotzki wurde damals Präsidenten des revolutionären Arbeiterrats von St. Petersburg und erwählter Führer der ersten russischen Revolution im Alter von 26 Jahren. Damit näherte er sich in seinen Anschauungen über die proletarische Revolution sehr stark Lenin, an dessen Seite er dann im Frühjahr 1917 trat, als die wirkliche Revolutionsarbeit begann und viele alte „Leninisten" aus Furcht vor der Kühnheit seines Programms sich von Lenin abwandten. Damals, als die Zeit gekommen war, die Ereignisse zu lenken, und Trotzki von der Unmöglichkeit der Zusammenarbeit mit den Menschewiki. Trotzki überragte alle anderen Bolschewiki in geistiger und organisatorischer Hinsicht um ein Bedeutendes. Was sehr wohl Lenin anderen gegenüber wie z. B. dem Dichter Gorki, anerkannt hat. So wurde Trotzki auf Lenins Vorschlag, im Sommer 1917 zum Vorsitzenden des Petrograder Arbeiterrats gewählt, von wo aus er die tieferen Zusammenhänge und Strömungen der kommenden Revolution organisierte, die die Erhebung und der Aufstand der russischen Proletarier und Bauern unter seiner und Lenins Führung mit Hilfe der Bolschewiki im Oktober 1917 durchgeführt wurde. Später organisierte Trotzki die erste „Rote Armee" zur Verteidigung der russischen Revolution und wurde nach Lenins Erkrankung Präsident des Rats der Volkskommissare und des Rats für Arbeit und Verteidigung. Aber das alles gehört jetzt schon der Vergangenheit an und der nach Lenins Tode aufgekommene starre vergötterte „Leninismus" mit seiner Begünstigung der Neo-Politik trieb Trotzki immer mehr in einen Gegensatz zu den Anhängern des Stalinkurses in der russischen Kommunistischen Partei. Es ist bemerkenswert, daß Lenin in einem Brief, der das Testament Lenins genannt wurde, vom 25. Dezember 1922 den Kampf zwischen Trotzki und Stalin voraussagte, indem er den Charakter der beiden Männer analysierte.

Trotzkis Opposition, die seit dem Parteikongreß vom Januar 1924 bekannt wurde, nachdem er im Auftrage von 64 Parteigenossen einen Brief zur Verteidigung der Arbeiten Demokratie an das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei zerichtet hatte, hat nun nach vier Jahren mit seiner und vieler anderer Oppositionäre Verbannung durch die Stalingruppe geendet. Vier Jahre seit Lenin starb!

Radau-Opportunismus

Der Opportunismus schließt nicht notwendig eine sanftere, friedfertigere entgegenkommende Haltung und Sprache im Gefolge. Im Gegenteil verbirgt sich der Opportunismus oft, wie z. B. gerade jetzt in Deutschland, sehr gern hinter radikalen Phrasen, hinter einer scheinbar sehr scharfen Taktik nur zu oft hinter rabiaten kräftigen Worten; und es gehört gerade zu seinem Wesen, in revolutionären Situationen auf offenen Kampf von der großen revolutionären Tat zu verzichten, immer nur das Augenblickliche, das Nächstliegende zu berücksichtigen, an der Oberfläche der Erscheinungen zu haften, statt die bestimmenden tieferen Grundlagen zu sehen. Wo die Kräfte zur Erreichung eines Zieles nicht sofort ausreichen, ist es seine Tendenz, nicht diese Kräfte zu stärken, sondern auf anderem Wege, auf Umwegen das Ziel zu erreichen. Denn das Ziel ist der augenblicklichen Erfolg und dem opfert er die Bedingungen künftigen, bleibenden Erfolges. Er beruft sich darauf, daß es doch oft möglich ist, durch Verbindungen mit anderen „fortschrittlichen" Gruppen, durch Konzessionen an rückständige Ausschauungen die Macht zu gewinnen, oder wenigstens den Feind, die Koalition der kapitalistischen Klassen zu spalten und damit günstigere Kampfbedingungen zu bereiten. Es stellt sich dabei jedoch immer heraus, daß diese Macht nur eine Scheinmacht ist, eine persönliche Macht einzelner Führer, nicht die Macht der proletarischen Klasse.

(**Anton Pannekoek**: „Weltrevolution und kommunistische Taktik". Wien 1920, Arbeiterbuchhandlung.)

Sozialdemokratie Nr. 4?

Die russische Tragödie, d. h. die Tragödie der Regierungsbolschewisten und die Tragödie der leninistischen Opposition wird durch immer neue Szenen verlängert. Das liegt natürlich weniger an den prominenten Führern der streitenden Fraktionen, als vielmehr an den russischen Verhältnissen selbst. Der kapitalistische Konsolidierungsprozeß in Rußland wiederspiegelt sich aber auch parteipolitisch, was in der Reinigungsoffensive der regierenden Stalingruppe und in den Kämpfen der Oppositionellen sichtbar zum Ausdruck kommt. Dabei ist es selbstverständlich, daß die jetzt begonnene Staatsaktion gegen den „Neomenschewismus" die leninistischen Oppositionsgruppen unweigerlich in einen Gärungsprozeß treibt, der die Geister voneinander scheidet. Die Spaltung zwischen Trotzki und Sinowjew beweist nach der Abgrenzung der Gruppe Sapronow abermals, daß es in Rußland solange keinen in sich geschlosssenen Oppositionsblock geben kann, bis die einzelnen Fraktionen durch das Prorgamm des revolutionäen Klassenkrieges gegen den Nepkapitalismus politisch zusammengeschweißt sind. Der Abfall Sinowjews von Trotzki hat aber auch internationale Bedeutung insofern, als er gleichzeitig die deutsche KP.-Opposition in ein helleres Licht stößt.

Da sind zum Beispiel die Ruthenen, die von Maslow, Ruth Fischer, Scholem und Urbahns geführten „orthodoxen Marxisten-Leninisten". Das typische Kennzeichen dieser Gruppe ist noch immer die Politik der doppelten Buchführung, die ihr schon bei der Enthronung mit Recht (allerdings zu Unrecht von den Moskauer Regierungsbolschewisten) vorgeworfen wurde. Es ist die gerissenste poktische Falschmünzerei, was die Ruthenenfraktion seit Jahr und Tag gegenüber dem deutschen Proletariat treibt. Gewiß haben die Ruthenen mitgeholfen, durch ihre Berichte über die russischen Gesellschaftszustände das wahre Gesicht des „ersten Arbeiterstaates" zu enthüllen. Aber die Ruthenen schilderten das wirkliche Leben der russischen Proletarier nicht etwa, um dadurch vor der internationalen Arbeiterschaft den klaren Beweis für den kapitalistischen Aufbau Rußlands zu führen, sondern sie mußten aus der Schule der Nepwirtschaft plaudern, um überhaupt den Schein der Berechtigung für ihre Opposition gegen die Stalingruppe und deren deutsche Nachbeter zu haben. Wenn es ohne eine bestimmte Demaskierung des russischen „Sozialismus" gegangen wäre, dann hätte die Ruthenenfraktion ganz gewiß den bürgerlichen Alltag Rußlands totgeschwiegen, — wie sie ihn bis zum Ekkibrief bewußt totgeschwiegen hat!

Daß die Ruthenenführer nur aus demagogischen Gründen den die russische Wirklichkeit verdeckenden roten Schleier lüften, bestätigt ihr fanatischer Kampf gegen all jene Proletarier, die aus der Krise der Oktoberrevolution auch die revolutionären Kons

9. Jahrg. Nr. 8

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 29. Januar 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Groß-Berlin: Freitag, den 27. Januar, in allen Bezirken Mitgliederversammlungen!

eine hervorragende Stellung einnimmt. Industrielle Betriebe, Fabriken, gibt es nur wenige und die bestehenden, so z. B. in Täbris Fabriken zur Reinigung der Baumwolle, Seifensiedereien und eine Zündholzfabrik, in Ispahan eine Textilfabrik, in Wasanderan eine Zuckerraffinerie, in Teheran eine Gewehrfabrik, in Schirah Glas- und einige andere Fabriken rechnen nur zu den Kleinbetrieben. Eine besondere Stellung nimmt die englische Naphtakonzession, die sogenannte „Anglo-Persian Oil Co." in Südpersien ein, die 35 000 Arbeiter beschäftigt. In ganz Persien gibt es (ausschließlich der Naphtaarbeiter) kaum mehr als 100 000 Arbeiter. Mehr als die Hälfte dieser Arbeiter leben in Teheran und Täbris.

Die Lage der persischen Arbeiter erinnert an die Lage der europäischen Arbeiter in der ersten Epoche der kapitalistischen Akkumulation. Der Wettstreit der einheimischen Industrie mit den ausländischen Waren verstärkt noch die Ausbeutung. Der Arbeitstag dauert 14 bis 16 Stunden. Die Löhne sind sehr niedrig, viel niedriger als in Europa. Frauen- und Kinderarbeit ist stark verbreitet. In der Teppichfabrikation werden z. B. 7 Prozent Kinder beschäftigt, unter denen die Tuberkulose und häufig mit Erblindung endende Augenkrankheiten herrschen. In den Betrieben der „Anglo-Persian Oil Co." wird zwölf Stunden gearbeitet. Der Lohn beträgt zwei bis drei Kran (persische Silbermünze, 1 Kran = 40 Pfennig). Auch hier werden 12- bis 14jährige Kinder mit schwersten Arbeiten beschäftigt. Die Arbeiterorganisationen sind zum größten Teil zünftlerisch, sie vereinigen Arbeiter, Meister und kleine Gewerbetreibende, zahlenmäßig schwach und befinden sich infolge des politischen Druckes augenblicklich im Niedergang. Revolutionäre Organisationen, kleine Gruppen, existieren nur illegal. Jede aktive Regung wird brutal unterdrückt. Der neue Aufstieg der persischen Arbeiterbewegung, der kommen muß, wird abhängig sein von der Sammlung der revolutionären Kräfte, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen. —

Steigender Alkoholkonsum in Rußland

Auch eine Seite des „sozialistischen" Aufbaues.

Dem „Abstinenten Arbeiter" entnehmen wir aus einem längerem Artikel:

Das Monatsheft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion „Bolschewik" (Nr. 19-20, 1927) bringt einen Artikel, der an Hand statistischen Materials die Entwicklung des Alkoholismus in Rußland in den letzten Jahren untersucht. Vorausgeschickt sei, daß der Verfasser des Aufsatzes, Deutschmann, kein Oppositioneller der Richtung Trotzkis ist, sondern ein Anhänger der Politik des Zentralkomitees. Deutschmann führt aus:

„Unsere Partei schenkt dem Problem des Alkoholismus nicht die erforderliche Aufmerksamkeit. Der überwiegende Teil der Mitglieder unserer Partei besitzt nicht die notwendige Vorstellung von dem Alkoholismus als einer sozialen Gefahr. Wenn hier und da ein Genosse in den Parteiversammlungen die Alkoholfrage brührt, so reagieren die Hörer darauf meist mit einem gutmütigen Lächeln und der Bemerkung: „Wir sind keine Heiligen ..."

Die Entwicklung des Alkoholismus und seiner Folgen hat in unserer Republik in den letzten Jahren einen solchen Umfang angenommen, daß diese Frage eine ernste Behandlung erfordert. Der Alkoholverbrauch wächst mit jedem Jahre ganz enorm. So betrug der Schnapsverbrauch in den letzten Jahren in Millionen Wedro (1 Wedro = 16 Flaschen = 12,3 Liter):

1922-23	1923-24	1924-25	1925-26	1926-27
0,8	4,1	20,5	31,5	

Der Bierkonsum betrug in Millionen Wedro:

1922-23	1923-24	1924-25	1925-26	1926-27
8	17,2	20,6	31	32

Wenn der Moskauer Arbeiter beispielsweise im Jahre 1923 0,9 Proz. seines Gesamtbudgets für Alkohol verausgabte, so gab er im Jahre 1925 bereits 4,2 Proz. dafür aus. Im Donbezirk betrugen die Ausgaben für Schnaps im Jahre 1924 — 0,8 Proz., im Jahre 1926 — 3,1 Proz. des gesamten Arbeiterbudgets, in Charkow waren die entsprechenden Zahlen 0,9 Prozent und 2,4 Proz. Der Arbeiter gibt für Alkoholgetränke 5 bis 7 mal soviel aus als für Vergnügen. Die Arbeiter geben insgesamt für Schnaps und Bier doppelt soviel aus als der Staat für den neuen Wohnungsbau.

Die verheerende Wirkung des Alkohols auf die Gesundheit der Bevölkerung macht sich bereits stark bemerkbar. So betrug in der RSFSR. (dem russischen Teil der Sowjetunion) die Zahl der durch den Alkoholgenuß geistig Erkrankten:

In den Jahren 1916 bis 1920: Einzelfälle; im Jahre 1923: 1319 — 2,4 Proz., im Jahre 1924: 1657 — 5,5 Proz., im Jahre 1925: 3592 — 7,2 Proz. der Gesamtzahl der Geisteskrankheiten in den Heilanstalten.

In Moskau war der Prozentsatz der infolge des Alkoholgenusses geistig Erkrankten im Verhältnis zur Zahl der sonstigen Geisteskranken in den Heilanstalten der folgende: Im Jahre 1923 4,6 Proz., 1924 6 Proz., 1925 9,9 Proz., 1926 25 Proz.

An Alkoholvereiftung starben:

	1923	1924	1925	1926
in Leningrad	18	32	85	167
in Moskau	16	23	86	144

Wirtschaft

Die Rationalisierung marschiert

Im preußischen Staats„sozialismus" an der Spitze.

Der Gesamtbetriebsrat der Staatszechen der Bergbau A.-G. Recklinghausen nahm kürzlich im Beisein von Vertretern sämtlicher Fraktionen des preußischen Landtages, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eine Resolution an, deren einer Teil größeren Arbeiterschichten bekanntgemacht zu werden verdient. Es heißt da z. B:

„Abermals erheben die Arbeitnehmer der Staatszechen des Bezirks Recklinghausen ernstlichen Einspruch gegen die in Gang befindlichen Erwägungen über die neuen Betriebszusammenlegungen im Staatsbergbau. Die Arbeitnehmerschaft hat trotz niedrigster Einkommensverhältnisse durch äußerste Anspannung eine Leistungssteigerung hervorgebracht, was sonst im Ruhrrevier kaum zu verzeichnen ist. In erbittertster Form hat die Verwaltung in den letzten Jahren einen Abbau bei den Arbeitern und Angestellten vollzogen, der nahezu 50 Proz. des ehemaligen gesamten Belegschaftsstandes erfaßt hat. Auch hier ist der Durchschnitt des Ruhrreviers weit überschritten worden. Die durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen sind nur auf dem Rücken der Arbeiter und kleinen Angestellten ausgetragen worden."

Die Sache stimmt. Nur haben der sozialdemokratische Betriebsrat, sowohl wie die Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie vergessen, den Arbeitern zu sagen, daß im Verwaltungsrat der preußischen Staatszechen gewerkschaftlich-sozialdemokratische Direktoren ausschlaggebend sind und daß in der preußischen Regierung, die diese Rationalisierung durchführt, die Sozialdemokratie ebenfalls maßgebend ist. Es sind also die Gewerkschafts- und Parteigenossen des Betriebsrats, die den Arbeitern der Staatsbergwerke die Schlinge um den Hals zuziehen. Der ganze Palawer ist deshalb wohl nichts weiter als ein Wahlbluff für die Sozialdemokratie und eine Fangschlinge für die Gewerkschaften.

•

Im Rheinland ist das Elend am größten.

Im Reichshaushaltausschuß des Reichstags wurde kürzlich über den Etat des besetzten Gebietes beraten. Dabei mußte die Sozialdemokratie notwendig aber wider Willen ihr „arbeiterfreundliches" Herz bloßlegen. So gab, nach dem „Vorwärts" (Nr. 31) Herr „Genosse Kirschmann ein anschauliches und ergreifendes Bild von den noch immer im Rheinland herrschenden überaus traurigen Zuständen. So sei u. a. die Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet 30 bis 50 Prozent größer als im übrigen Deutschland; die Sterblichkeitsziffer liege erheblich über dem Durchschnitt im Reiche. Besonders stark herrsche die Tuberkulose, und zwar bei der ländlichen Bevölkerung noch mehr als in den Städten. Die Verhältnisse seien um so aufreizender, als es weder eine moralische noch eine rechtliche Grundlage dafür gebe, daß noch ein fremder Soldat im Rheinland sei."

Nun entsinnen wir uns aber, daß es nicht die „fremden" Soldaten waren, die kürzlich bei dem Angriff der Staatskönige die Arbeiter wieder in das alte Joch stießen, sondern die Gewerkschaften sagten zu allem Ja und Amen. Die Gewerkschaften haben Tarife abgeschlossen mit dem 12- und 14-Stundentag, die Gewerkschaften würgten alle Streiks ab, die Gewerkschaften organisierten den Streikbruch, als die englischen Bergarbeiter streikten und die deutschen Ruhrarbeiter Mine machten, solidarisch zu sein.

„Petroleumfrieden"

Mit Bombengeschwadern und Giftgas.

New York, 19. Januar.

Nach hier aus Nikaragua vorliegenden sehr unklaren Meldungen soll General Sandino bei dem nordamerikanischen Luftangriff auf seine Stellungen bei Elchipota am Sonnabend angeblich mit 40 Anhängern gefallen oder schwer verwundet worden sein. Die Stellungen seien vollkommen geräumt und die Anhänger Sandinos in die Sümpfe an der Grenze von Honduras oder sogar hinter die Grenze nach Honduras geflüchtet sein. Bestätigung dieser Meldung ist abzuwarten. Die Union-Marinetruppen sollen in den nächsten Tagen das ganze Gelände absuchen. Senator Borah kündigt an, daß er eine Untersuchung des Nikaragua-Konflikts durch den Senat beantragen werde.

•

London, 19. Januar.

Eine britische Strafexpedition in Arabien mit Dutzenden Bombenflugzeugen gegen das Land Nedsch (Scheich Feisul) soll Einfällen in den irakstaat vorbeugen.

•

Um die Jahreswende wurde die Welt überrascht mit Meldungen per Radio und Draht, daß zwischen Nordamerika und Mexiko, d. h. zwischen der Standard Oil Co. und zwischen dem nationalmexikanischen Petroleumkapital der Petroleumfrieden geschlossen sei. Rockefeller und Calles sind der Ueberzeugung geworden, daß der „Petroleumfrieden", d. h. die Vereinbarungen über Produktionseinschränkung und gemeinsame Kampffront gegen das Proletariat und die Verschlechterung seines Lebensstandards mehr Prozente abwirft als der Petroleumkrieg, der nicht beim Preiskampf geblieben, sondern in offenen Krieg und Revolution umgeschlagen war. Das Blutbad an mexikanischen Soldaten und Arbeitern und die Hinrichtung Dutzender Generale (darunter die Anführer Serrano und Gomez) und anderer Offiziere, ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß man näher darauf einzugehen nötig hätte. Auch der „Kulturkampf", der Kirchenstreit (besser -krieg), der zwischen Calles und den mexikanischen Kleinbürgern und Arbeitern einerseits und dem spanischen Großgrundbesitz und der katholischen Kirche andererseits, der die Welt lange Zeit in Spannung hielt, drehte sich ausschließlich um Petroleuminteressen.

Wie dieser „Petroleumfrieden" nun gehandhabt wird, zeigen die beiden obigen Meldungen.

Die erste Meldung, der Krieg gegen den Rebellengeneral Sandino, betrifft zwar nicht Mexiko oder direktes Petroleumgelände, sondern Nikaragua, ein kleines mexikanisches Hinterländchen, eine selbständige Republik mit 400 000 Seelen auf 128 000 Quadratkilometer, und 4000 Mann stehenden Heere (im Kriege 40 000). Zwischen Nikaragua und USA. herrscht Urfehde. In Nikaragua besteht noch die einzige Möglichkeit, den amerikanischen Kontinent zu durchstechen und den Großen mit dem Atlantischen Ozean zu verbinden. Ein derartiger Nikaragua-Kanal würde den Panamakanal aber entwerter und den USA. eine große Einnahmequelle und die Kontrolle über ihre Konkurrenten und einen wertvollen militär-strategischen Stützpunkt entziehen. Das ist die Ursache, weshalb die USA. den Bau des Nikaraguakanal seit 40 Jahren hartnäckig verhindert haben.

In Nikaragua war nun Anfang Januar dieses Jahres eine Prügelei gewesen, wobei einige nordamerikanische Bürger eine Tracht abbekamen. Das nahm Nordamerika zum Anlaß, 150 (Einhundertundfünfzig) Soldaten nach Nikaragua zu senden. Dagegen rebellierten Nikaraguaner und sammelten sich um Sandino. Jetzt beginnt der „Petroleumfrieden". In Mexiko bekamen die von Nordamerika gekauften aufständischen Generale Serrano und Gomez Flugzeuge, Waffen und Munition. Seit sie von Calles gekauft sind und dieser sich der Standard Oil Co. unterwarf, bekommt die offizielle Calles-Regierung diese Waffen, um sich event. gegen ihre bisherigen bäuerischen und proletarischen Mitkämpfer gegen die Standard Oil Co. zu wehren, falls sie diese in ihre Versprechungen mahnen sollten. Diese Waffen nahm aber das panamexikanische Petroleumkapital und sandte sie hinüber nach Nikaragua an Sandino, (als Rache wegen des Petroleumfriedens) der sie wieder gegen die Nordamerikaner einsetzte. So ist die amerikanische Soldateska in Nikaragua von 150 auf 30 000 angewachsen. Den Stand des Krieges deutet die erste Meldung aus New York an.

•

Die zweite Meldung, die aus London, betrifft den Irak, die Wiege der germanischen Rasse, wo Petroleum in großer Menge ständig wurde. Der Streit um Mossul im sagenumwobenen Tigrisgebiet, ist ebenfalls noch bekannt. Der „Völkerbund" hatte nach langen Redeschlachten und diplomatischen Scharmützeln den Irak mit den Mossulpetroleumquellen der Türkei genommen, ein „selbständiges" Königreich daraus gemacht und es England, d. h. der Verwaltung der Royal Dutch Shell Co., dem Konkurrenten der Standard Oil Co unterstellt, die Land und Volk dort auspreßt wie eine Zitrone. Als Abwehr gegen die von ihrem Boden vertriebenen früheren Bewohner werden die Dutzende britischen Bombenflugzeuge eingesetzt, von der die obige Meldung aus London berichtet.

Im Irak putscht wieder die Standard Oil Co. Die Royal Dutch Shell Co. ist durch das billige Mossul-Oel infolge der billigen Arbeitskräfte ein gefährlicher Konkurrent der amerikanischen Standard Oil Co. geworden. Diese hat darauf mit Rußland Lieferverträge abgeschlossen (was den diplomatischen Bruch mit Rußland und England zur Folge hatte) und setzt russisches Oel in Vorderasien gegen Mossul-Oel ein. Der Konkurrenzkampf tobt gegenwärtig in heftigster Form. Die Royal Dutch Shell hat gegen die Standard Oil weiter keine Argumente alsals moralische, nämlich, daß das russische Oel aus „gestohlenen" Quellen stamme. Daß das russische Oel am billigsten auf dem Weltmarkt konkurrieren kann, weil die russischen Arbeiter um ihren Arbeitsertrag bestohlen werden, das ist natürlich kein Argument für die englischen Petroleumhyänen, die die Bewohner ganzer Landstriche vertreiben.

Proletarisches Notizbuch

Arbeiterregierung in Norwegen? Die norwegische Arbeiterpartei hat, wie der „Vorwärts" meldet, beschlossen, dem ihr vom König angebotenen Auftrag zur Regierungsbildung anzunehmen. Der Fraktionsvorsitzende der Arbeiterpartei, Madsen, ist ermächtigt worden, dem König mitzuteilen, daß die Grundlage für eine Arbeiterregierung vorliege.

Proletariertod. In der Nähe von Aalesund (Dänemark) ist der deutsche Schleppdampfer „Albatros" mit seiner gesamten Besatzung von 12 Mann untergegangen.

Hochofenexplosion. In Hörde ereignete sich in einem dem Phönix-Hörder Verein gehörigen Werk eine schwere Hochofenexplosion. Eine Mauer wurde eingedrückt und die Ofenbühne brach zum Teil ab. Vier Arbeiter erlitten dabei teilweise schwere Verletzungen, so daß sie dem Hüttenhospital zugeführt werden mußten.

Arbeitskämpfe in Schweden. Die Arbeiter in den lappländischen Eisenerzgruben sind in den Streik getreten. Die schwedischen Metallarbeiter haben beschlossen, sich den Grubenarbeitern anzuschließen und am 30. Januar den Sympathiestreik zu erklären, falls der Konflikt bis dahin noch nicht beendet ist. — Die Proleten werden vom Hunger in Streiks gepeitscht, die Bonzen von staatsmännischer Weisheit in die Kabinette der Monarchien und Demokratien.

Kündigung des Arbeitszeit- und Lohntarifs im Ruhrbergbau. Essen, 24. Januar. In einer heute hier abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der Vertreter der vier Bergarbeiterverbände wurde beschlossen, das Arbeitszeitabkommen und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April 1928 zu kündigen.

Stalins praktische Arbeit. WTW. Warschau, 24. Januar. Im Zusammenhang mit den von der Sowjetregierung an Polen gerichteten Vorschlägen auf Abschluß eines polnisch-russischen Handelsvertrages reisen morgen der Direktor des Außenhandelsdepartements im polnischen Handelsministerium, Sokolowski, und der Leiter der Ostabteilung im Außenministerium, Holowko, nach Moskau ab. — Die Opposition reist nach Sibirien, und die Kapitalisten aller Länder beraten mit Stalin über den „sozialistischen Aufbau".

Aus den Wirtschaftsbezirken

Chemnitz

Die KPD., Rote Hilfe und RFB. riefen die Arbeiter von Chemnitz am 6. 1. 28 in Neu-Gablenz zu einer öffentlichen Versammlung zusammen. Es ist bezeichnend, daß man sich für Groß-Chemnitz mit einem kleinen Saal, der 800 Personen faßt, begnügte. Schon vor Beginn setzte die Propaganda von unseren Genossen ein, indem sie die „KAZ." verteilten. Schon hier wurden die fanatischen KPD.-Leute unruhig. Mit der Aufforderung: Geht zur SPD.!, und der Drohung: Wir knüppeln euch nieder, wenn ihr sprecht!, empfingen sie uns. Als der Vertreter der KPD. und Roten Hilfe gesprochen hatte, erhielt ein Chinese das Wort. Da er nicht deutsch sprechen konnte, sprach er französisch, welches ein KP-Leger übersetzte. Er schilderte, wie grauenhaft der weiße Terror in China wütete. Seine ganze Rede war hauptsächlich gegen ihren früheren Freund Tschiankeitsche gerichtet, der leider abgefallen wäre und sich jetzt zum Verräter sei. In der Diskussion sprach ein Genosse der KAPD. der die verbrecherische Rolle Rußlands anprangerte, und darauf hinwies, daß die Arbeiter nicht die Kastanien für eine andere Klasse aus dem Feuer holen dürfen, sondern international als Klasse gegen den Kapitalismus kämpfen müssen. Natürlich wurde die übliche Resolution angenommen. Denn selbständiges Denken und die daraus entspringende Einsicht in die wahren Zusammenhänge der Dinge ist bei den Arbeitern, die noch im Banne Moskaus stehen, bis zu einem gewissen Grade ausgerottet, so daß sie handgreiflichsten Dummheiten zujubeln. Aber die Zwangsläufigkeit des Leninismus wird letzten Endes auch den noch verblendeten Proletariern die Augen öffnen.

•

Revolution und Konterrevolution in Rußland

lautet das Thema zu der am

Donnerstag, den 26. Januar

stattfindenden

Oeffentlichen Massenversammlung

Berlin, Sophiensäle, Sophienstraße

Proletarier, erscheint in Massen!

Es geht um die Revolution!

Organisatorische Mitteilungen

Zur Beachtung!

Trotz mehrmaliger Mahnung sind viele Einzel- wie Mehrbezieher mit ihren Bezugsgeldern weit im Rückstand. Gleichfalls haben viele Genossen, die im vorigen Jahre Postbezieher wurden, ihre Nummern, die sie vordem bezogen, noch nicht restlos bezahlt. Diese ausstehende Beträge gehen in die Hunderte von Mark und das ist für die „KAZ." eine ungeheure Belastung. Wir appellieren nochmals an alle Genossen, ihre ausstehenden Gelder schnellstens abzuführen, da sonst die Belieferung mit der „KAZ." eingestellt werden muß.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 47.

Die Niedergerittenen

Der mitteldeutsche Streik ist abermals ein Schulbeispiel dafür, daß die Gewerkschaften ihre historische Befähigung als proletarische Klassenkampforganisation endgültig verloren haben. Oberflächlich gesehen scheint dies allerdings nicht der Fall zu sein, denn die Gewerkschaft der Metallarbeiter führt ja den mitteldeutschen Großkampf. Aber dieser Widerspruch, wie er beispielsweise zwischen der offen wirtschaftsfriedlichen Haltung der Gewerkschaften im westdeutschen Stahlkonflikt und ihrer jetzigen Streiksanktion in Mitteldeutschland besteht, ist nur rein taktischer und nicht prinzipieller Naur. Die Führerrolle, die der DMV. im mitteldeutschen Streik spielt, steht durchaus nicht im Gegensatz zum arbeiterverräterischen System der Gewerkschaftspolitik, sondern ist nur die blanke zur Blendung der Proletariermassen bestimmte Kehrseite der reformistischen Medaille, welche die Inschrift trägt: „Durch kapitalistische Rationalisierung und sozialfaschistische Schlichtungspraxis zum Sozialismus."

Die realen Gründe, warum die Gewerkschaftsinstanzen sich so willig „an die Spitze" der mitteldeutschen Streikbewegung gestellt haben, liegen klar auf der Hand. Erstens bedeutet die Erteilung der Streiksanktion in diesem Falle für die Gewerkschaften absolut kein Risiko, keine Einbuße ihres staatsbürgerlichen Renommées. Denn der DMV. hatte ja Handlungsfreiheit insofern, da er infolge des augenblicklichen tariflosen Zustandes in der mitteldeutschen Metallindustrie nicht gesetzlich zur Schiedsspruchtreue verpflichtet ist. Angesichts dieser Sachlage war die DMV.-Bürokratie klug genug, dem Willen der rebellisch gewordenen Metallarbeiter ohne langes Sträuben zu „gehorchen". Das war schon notwendig, um für die proletarische Mißstimmung wieder mal ein Abzugsventil zu öffnen und gleichzeitig der KPD., die in Mitteldeutschland verschiedene DMV.-Ortsgruppen „erobert" hat, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es kann natürlich kein Zweifel darüber bestehen, daß der DMV. den mitteldeutschen Streik sofort erdrosseln wird, wenn ein neuer Schiedsspruch zum Zwangstarif erklärt wird. Denn als staatlich anerkannte Tarifkontrahenten dürfen die Gewerkschaften nur solange Streiks führen, wie es die Exekutivorgane der kapitalistischen Schlichtungsdiktatur gestatten.

Zweitens hat die SPD.-Bürokratie den mitteldeutschen Streik als höchst willkommen Gelegenheit benutzt, um mit den von ihr beherrschten Gewerkschaften einen taktischen Schachzug zu machen. Die sogenannte „öffentliche Meinung", deren Urteil über gewerkschaftliche Streiks für den „Vorwärts" meistens maßgebend ist, hat diesmal überhaupt keine Berücksichtigung gefunden. Und zwar deshalb nicht, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer selbst daran interessiert sind, der Rechtsblockregierung auch einige wirtschaftliche Nadelstiche zu versetzen. Es sind nämlich nur wahltaktische Gründe, welche die SPD.-Bonzen an die Seite der rebellierenden Metallarbeiter Mitteldeutschlands getrieben haben. Mit Hilfe der „kleine Parteipolitik treibenden" Gewerkschaften wollen die sozialdemokratischen Parlamentarier zum Zwecke eines größeren Stimmenfangs die Erbschaft verschlechtern, welche die gegenwärtige Reichsregierung und ihr überlebter Reichstag in den kommenden Wahlten hinterläßt. Außerdem haben die SPD.-Führer auch ein starkes Interesse daran, daß die im Frühjahr notwendig werdenden Tarifneuregelungen möglichst vor der Reichstagswahl und mit kleinen Verbesserungen langfristig getroffen werden, damit im Falle einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung recht wenig große Arbeitskonflikte entstehen. Es ist ja bekanntlich nicht das erste Mal, daß die SPD.-Bonzen — die in der Regel Zeter und Mordio über die politische Ausnutzung wirtschaftlicher Kämpfe schreien — mit streikenden Gewerkschaftsproleten ein gerissenes Wahlmanöver durchführen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer können die mitteldeutschen Metallarbeiter aber nur deswegen so blind für ihre wirtschaftsdemokratischen Illusionen und parlamentarischen Koalitionsinteressen ins Feuer schicken, weil ihnen die KPD. die dazu nötigen Hilfsdienste leistet. Denn in einer Situation, wo die gewerkschaftliche Streikleitung (mit Unterstützung einiger KPD.-Funktionäre!) eine schamlose Kommunistenhetze treibt, fordert die KPD.-Presse ausgerechnet zur hundertprozentigen Organisierung der Metallarbeiter im DMV. auf. Die KPD. stellt jeden Tag fest, daß die gewerkschaftliche Streikpolitik auch in Mitteldeutschland nur zu einem schmählichen Zusammenbruch der Bewegung führen muß, — aber die Leninistenführer sind außerstande, der reformistischen Niederlagenstrategie eine Taktik des revolutionären Klassenkampfes entgegen zu setzen. Statt dessen stellen die KPD.-Strategen in den Gemeindeparlamenten Anträge auf Unterstützungsgewährung für die Streikenden — und die schlauen Leninistenführer merken noch nicht einmal, daß sie mit diesem „Radikalismus" nur Argumente für die SPD.-Bonzen liefern, die mit der Ablehnung solcher illusionärer Forderungen an den bürgerlichen Staat sich noch „revolutionär" aufspielen kann. Trotz ihres Gebrülls gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie ist die KPD. für die reformistische Zermürbungstaktik voll mit verantwortlich, denn sie treibt die Proletarier in den Drahtverhau der gewerkschaftlichen Kadaverdisziplin und zieht wegen einer konterrevolutionären Einheitsfront selbst dann noch nicht den Trennungsstrich, wenn ihre eigenen Arbeiter von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmeute wie Freiwild gehetzt werden.

Was sich im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik abspielt, ist nur der auf dem Rücken streikender Proletarier ausgefochtene Kampf sozialdemokratischer und leninistischer Politikanten um Interessen, die nichts mit dem Wesen des revolutionären Klassenkampfes gemein haben. Es sind die vom modernen Kapitalismus niedergerittenen parlamentarischen Schacherer und Gewerkschaftsbeamten, die die Rebellion ausgemergelter Proleten zu einem Konkurrenzkampf um die gewerkschaftliche Beherrschung der Arbeiterklasse benutzen. Im ureigensten Interesse der Ausgebeuteten aber liegt es, daß sie mit dem sozialdemokratisch - gewerkschaftlichen Bonzenpack und seinen leninistischen Trotzknechten endlich kurzen Prozeß machen. Was heute unerbittlich auf der Tagesordnung steht, ist: die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Kapitalsbollwerke, der radikale Bruch mit der die Arbeiterklasse spaltenden reformistischen Branchenpolitik, die Einigung der proletarischen Massen in der Klassenfront der revolutionären Betriebsorganisationen, die Organisierung von Massenaktionen gegen das verruchte System des Kapitalismus. Denn jeder Gewerkschaftskampf beweist aufs neue, daß die Proletarier nur aus der reformistischen Verteidigung zum revolutionären Angriff gegen die Kapitalistenklasse übergehen können, wenn sie die klassenkriegstechnisch veraltete Gewerkschaftsflinte auf den Müllplatz der Geschichte schleudern und zur modernen Waffe des organisierten Massenkampfes greifen. Dürch die reformistische Taktik in die Ketten der kapitalistischen Schlichtungsdiktatur gelegt, müssen die Proletiermassen gemeinsam mit ihren Klassengenossen der KAP. und AAU. ans Werk ihrer revolutionären Selbstbefreiung gehen — oder sie werden selbst von den gewerkschaftlichen Schlichtungskosaken der Kapitalistenklasse erbarmungslos niedergeritten!

Rationalisierung im Großen

Die Zechen Deimelsberg und Charlotte, die zum Aderkonzern gehören, ein Gevierk von 3 300 000 Quadratmeter umfassen und 1 500 Mann beschäftigen, sollen stillgelegt werden. Die Leistungssteigerung auf anderen Zechen macht diese Belegschaften überflüssig. Das ist erst der Anfang, die Rationalisierung marschiert und wird von Sozialdemokratie und Gewerkschaften gefördert. Die Arbeiter werden ihre Gewerkschaftspolitik schon bald am eigenen Leibe spüren.

Reichsrat und Einheitsstaat

Kurz nach der Länderkonferenz hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Haushaltsetat für das Jahr 1928 dem Reichstag vorgelegt. Ein besonderes Kapitel bildete in den Begleitrede die Vereinheitlichung der Verwaltung und die Notwendigkeit von durchgreifenden Sparreformen. Er betonte dabei, daß das Reich selbst in dieser Beziehung vorangegangen sei und gegenüber 1927 eine Herabsetzung der Verwaltungsausgaben um 6 Prozent durchgeführt habe. In seinen Ausführungen wich er aber bewußt einer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Länderkonferenz aus. Er hatte keine Veranlassung, den vollkommen negativen Erfolg dieser Konferenz „wegzureden" die Auflösung der Länder noch besonders zu unterstreichen. Wenn es dem Großkapital wirklich an einem deutschen Einheitsstaat liegen würde, so wäre es das ungeeignetste Mittel, die Entscheidung hierüber durch die Länderbürokratie herbeizuführen. Es ist doch eine sehr erhebliche Zumutung an die „staatsmännische" Einsicht dieser Kaste, daß sie den Ast, auf dem sie sitzt, selber absägen soll. Gerade die Gegner der Vereinheitlichung betonten, daß es sich hier nicht um eine finanz- und wirtschaftspolitische Angelegenheit, sondern im wesentlichen um ein Problem der allgemeinen Politik — so Bazille — handele. Die Rationalisierungsnotwendigkeiten zur Stärkung der Kapitalakkumulation halten sie nicht für so wesentlich und entscheidend, daß sie ihre geeinte Macht gegenüber dem finanziell und wirtschaftlich führenden Preußen aufgeben sollten. Eine Vereinheitlichung würde bedeuten, daß der Reichsrat der starkste Stützer des Uebergewichts der Länder gegenüber Preußen bedeutet, überflüssig würde. Dagegen sind die Gegner des Einheitsstaates darüber einig, daß Preußen unter Reichsaufsicht gestellt werden soll. Die frühere im wilhelminischen Deutschland bekämpfte Personalunion zwischen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten wird auf einmal von den Führern des deutschen Partikularismus gutgeheißen, weil sie in der gegenwärtigen Situation den umgekehrten Erfolg, die Schwächung des Einflusses des „radikalen" Preußens, verspricht. Die bismarckische Verfassung, deren Zweck die Sicherung des Uebergewichts Preußens war und die — reaktionäre Machtstellung des preußischen Junkertums gegenüber dem fortschrittlicheren Süden verewigen sollte, war der Ausdruck der Herrschaft des landwirtschaftlichen Kapitals und der mit ihr verbundenen Militärkaste.

Sie ist im Zeitalter der industriellen Rationalisierung längst überholt und gegenstandslos geworden. Gerade die Tatsache, daß der Zusammenschluß zwischen Reich und Preußen jetzt eine Forderung der deutschnationalen Vorkämpfer für den „Einheitsstaat" geworden ist, beweist, daß die von der Bürgerblockregierung propagierte Rationalisierung nur die Auflösung der preußischen Eigenstaatlichkeit bezweckt.

Die Sozialdemokratie unter Führung des preußischen Ministerpräsidenten Braun schlägt in dieselbe Kerbe. Sie will ebenfalls ein deutsches Reich mit preußischer Spitze, aber so, daß Preußen im Reich führend ist und nicht das Reich in Preußen. Sie will die preußische Koalitionspolitik zur führenden Reichspolitik machen. Sie rechnet dabei ganz mechanisch, daß von den 63 Millionen deutschen Reichsangehörigen 38 Millionen auf Preußen entfallen und daß finanziell die Einnahmen aus Preußen noch über das Einwohnerverhältnis hinaus den Reichshaushalt tragen. Sie betont dabei immer wieder, daß der größte Teil der 17 außerpreußischen Staaten nur auf Grund der Zuschüsse des Reiches, d. h. Preußens, sich erhalte.

Aus dieser Gegenüberstellung sieht man ganz klar die Machtkämpfe, welche der Parole des Einheitsstaates zugrunde liegen. Das Großkapital will den Einheitsstaat als Machtmittel gegen den Einfluß des in der Sozialdemokratie vereinigten „reformistischen" Kleinbürgertums, und ihres Anhanges benutzen. Die preußische Republikanisierung soll von reichswegen wieder aufgehoben werden. Gleichzeitig würde dies auch eine starke Einflußmöglichkeit auf die Politik der Gemeinden mit sich bringen. Der Abbau der Selbstverwaltung könnte dann ohne großes äußeres Aufheben erfolgen. Die Kontrolle, die die Reichsregierung durch die Beratungsstelle über Auslandsanleihen schon jetzt ausübt, würde sich weit wirksamer gestalten. Der erste Schritt dazu bedeutet, die jetzt geplante Aufnahme einer großen Auslandsanleihe von 4 Milliarden durch das Reich. Diese Anleihe soll an Stelle der Länder- und Kommunenanleihe treten, die Verteilung auf diese Körperschaften erfolgt dann durch die Reichsregierung, die damit auch eine Aufsicht über die Verwendungszwecke erhält.